

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Su beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenthell: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beischrift oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zugung ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Ruffenhäuser, Neumied (Moisdorf), Gera (Schmidt), Halberstadt (Rübeck), Elmshorn, Johann-Georgenstadt, Kalkheim, Rothenburg an der Tauber, Landsbut, Ulm an der Donau (Meuffer & Bauer), Bietighelm (E. Bed), Stettin (Simon), Hamburger Schiffswerften, Stettiner Vulkan, Segeberg, Bayreuth (bei der Firma Faust & Fröhlich);
 - Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Bildhauern nach Altwasser (Schmidgen), Coswig (Wönicke), Gottleuba;
 - Tischlern u. Holzbearbeitungsmaschinisten nach München; Tischlern, Drechslern und Bildhauern nach Trebbin, Ura i. B.
 - Möbelstischlern nach Landsberg a. b. Warthe;
 - Möbelstischlern, Holzbildhauern, Drechslern, Stellmachern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Warmbrunn (Gebr. Wallfisch);
 - Möbeldrechslern nach Berlin;
 - Stuhlmalern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Aabenau;
 - Horndrechslern nach Döbeln;
 - Berlmutterdrechslern nach Kelbra, Berga (Carl Meier);
 - Kontinbierern nach Bettenhausen b. Kassel (Koch's Stockfabrik);
 - Kammachern nach Kreuznach;
 - Korbmachern nach Rothenburg an der Tauber (Heinrichmaier & Wünicke);
 - Bürstenmachern nach Hannover (Mehbock, Ernst Auguststraße), Bippfprünge (Ruth & Sahrand.)

Die Musikinstrumenten-Industrie und die Handelsvertragspolitik.

I.

S. Es dürfte wohl unter den vielen Branchen, deren Arbeiter zu unserer Organisation gehören, kaum eine geben, die so stark am Export interessiert ist, als die Musikinstrumenten-Industrie. Ueber 50 pSt. ihrer Fabrikate nehmen den Weg nach dem Auslande und bezeugen damit die überlegene Konkurrenz der deutschen Fabrikation. Es ist klar, daß jede Störung auf dem Weltmarkt für diese Industrie von großem Einfluß ist und die Arbeiter in erster Linie in fühlbare Mitleidenschaft gezogen werden. Insofern haben auch die Arbeiter ein lebhaftes Interesse an der Gestaltung unserer Handelsbeziehungen, und wenn wir uns nicht in Deutschland unter einem politischen System befänden, das die Interessenvertretung der Arbeiter mißachtet, sogar mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht, dann müßten auch die Wünsche der Arbeiter in Bezug auf unsere Handelspolitik zur Geltung kommen.

Das ist leider nicht der Fall. Der vor Jahren eingesetzte wirthschaftliche Ausschuß, der eine begutachtende Instanz für handelspolitische Fragen sein soll, setzt sich wohl aus Vertretern der Landwirtschaft und der Industrie zusammen, aber einer Arbeitervertretung wurde das Heiligthum verschlossen. Dieses Beiseitstellen der Arbeiter besagt nichts Anderes, als daß in der kapitalistischen Welt die Interessen des Kapitals die ausschlaggebenden und herrschenden sind.

Man betrachtet die ganze Frage als eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie. Wir sind der Meinung, daß gerade die Arbeiter in politischen Fragen ein von Sonderinteressen viel freieres Urtheil abgeben können, als die Unternehmer, die nur einzig und allein den zunächstliegenden eigenen Vortheil berücksichtigen. Die Arbeiterbewegung darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie die einseitige Beurtheilung solcher Fragen verhindert hat und von einem allgemeinen höheren Gesichtspunkt ihr Urtheil fällt.

Es wiederholt sich in handelspolitischer Beziehung auf dem Weltmarkt das, was überhaupt im Handel und Verkehr im gegenseitigen Konkurrenzkampf auch im Kleinen sich abspielt. Der Vortheil des Einen ist der Nachtheil des Anderen, Gewinnucht und Konkurrenzneid spielen eine große Rolle. Suchen wir durch zollpolitische Maßnahmen unseren Nachbarstaaten den Absatz ihrer Waaren in Deutschland zu erschweren, oder gar unmöglich zu machen, dann wird auch der Geschädigte gern zu dem Mittel greifen, um Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Ein solcher Kampf bringt für beide Theile schwere Nachtheile, die von einer verständigen Regierung vermieden werden müssen, die aber bei mülhenden Konkurrenten nie Berücksichtigung finden. Bei Behandlung zollpolitischer Fragen begegnen wir gegenwärtig in industriellen Kreisen einer starken Neigung zu einem schutzöllnerischen Tarif nicht nur für landwirthschaftliche Produkte, sondern auch für einzelne Industrieprodukte. Der Verband der Eisenindustriellen erhebt seit Langem die Forderung auf Erhöhung der Zölle für Hoheisen, Maschinen, Fahrräder usw., um die Einfuhr von Amerika gänzlich zu unterbinden und damit vor allen Dingen dem Syndikattreiben freien Spielraum zu lassen. Aehnlich dieser Unternehmersippe haben nun auch die Herren Musikinstrumenten-Fabrikanten die Forderung erhoben, die Einfuhr von Musikinstrumenten nach Deutschland durch einen höheren Zoll zu erschweren. Eine solches Verlangen ist im vorigen Jahre in einer Denkschrift der „Freien Vereinigung Berliner Pianofortefabrikanten und verwandten Berufsgenossen“ eingehend begründet dem Ministerium des Innern unterbreitet. Gegenwärtig wird nun ganz im Sinne dieser Forderung in der „Musik-Instrumenten-Zeitung“ Tam-Tam geschlagen, weshalb wir auf die Sache zurückkommen.

Es wird sich für eine ruhige, sachliche Behandlung der Frage zunächst darum handeln, einmal festzustellen, ob die Einfuhr von Musikinstrumenten nach Deutschland so groß ist, daß von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet die Forderung eines höheren Zolles berechtigt erscheint und ob die Ausfuhr eine Stagnation oder gar einen Rückschritt aufweist. Ueber unseren Handel giebt folgende Zusammenstellung Auskunft:

	Einfuhr M.	Ausfuhr M.
1892 Klaviere	264 000	18 260 000
1892 Andere Musik-Instrumente	1 438 000	16 935 000
1893 Klaviere	242 000	17 257 000
1893 Andere Musik-Instrumente	1 574 000	17 636 000
1894 Klaviere	302 000	18 112 000
1894 Andere Musik-Instrumente	1 570 000	15 709 000
1895 Klaviere	317 000	21 080 000
1895 Andere Musik-Instrumente	1 772 000	19 601 000
1896 Klaviere	514 000	22 089 000
1896 Andere Musik-Instrumente	1 196 000	15 268 000
1897 Klaviere	418 000	24 563 000
1897 Andere Musik-Instrumente	1 244 000	15 193 000
1898 Klaviere	432 000	25 675 000
1898 Andere Musik-Instrumente	2 043 000	12 273 000
1899 Klaviere	427 000	36 839 000
1899 Andere Musik-Instrumente	1 142 000	10 661 000

Es ist sofort ersichtlich, daß die Einfuhr von Musikinstrumenten überaus niedrig ist, und damit ergibt sich von selbst, daß das Verlangen nach einem höheren Zoll ganz unmotiviert ist. Ein solches Begehren kann nur begründet werden von einem äußerst kurzfristigen Krämerstandpunkt, der sich dem Gefühl hingiebt, daß, wenn die Konkurrenz beseitigt wird, er alle Geschäftsvoorthelle genießt. So kurzfristig ist der Standpunkt dieser Herren, daß sie unberücksichtigt lassen, wie die Einfuhr von Musikinstrumenten: Flöten, Geigen, Zithern, Harfen usw. aus Böhmen eine Durchgangsstation für den deutschen Handel bildet. Diese Fabrikate werden

nicht selten von deutschen Händlern wieder zur Ausfuhr verwandt; der Zwischenhändlergewinn bleibt also in Deutschland stecken. Dann kommt aber hinzu, daß die Einfuhr dieser Art Instrumente, die unter der Rubrik „Andere musikalische Instrumente“ in unserer Tabelle mit aufgeführt sind, einen Rückgang aufweist. Lediglich Klaviere haben eine gesteigerte Einfuhr zu verzeichnen. Diese beträgt aber im Jahre 1899 gegen das Jahr 1892 nur ein Mehr von M. 163 000, eine Summe, die lächerlich gering ist, wenn wir berücksichtigen, daß in demselben Zeitraum die Ausfuhr der Klaviere um M. 18 579 000 gestiegen ist.

Nun könnte auf die verminderte Ausfuhr in der Rubrik „Andere musikalische Instrumente“ hingewiesen werden. Dem ist entgegenzuhalten, daß ein erhöhter Zoll für Deutschland keine Zunahme der deutschen Ausfuhr hervorrufen kann, wohl aber das Gegentheil, nämlich die Erschwerung des auswärtigen Handels. Dieser Rückgang der Ausfuhrziffer in dieser Rubrik ist unzweifelhaft auch auf eine ungenaue Rubrizierung zurückzuführen. Früher war in den amtlichen Nachweisen eine Rubrik, „musikalische Instrumente als Kinderpielzeug dienend“, enthalten. Diese Rubrik ist in den letzten Jahren ausgeschaltet und sind Instrumente dieser Art gemeinsam mit Spielwaaren unter eine Rubrik gekommen. Es ist also keine Scheidung mehr möglich zwischen musikalischen Instrumenten als Spielwaaren dienend und Spielwaaren selbst.

Ferner ist die Rubrik „Andere Musikinstrumente“ in den letzten Jahren in zahlreiche Unterabtheilungen bei der amtlichen Statistik geführt. Wir finden besonders angegeben: Zithern, Geigen, Harfen, Harmonikas, Spielwerke, Akkordions und Verstärktheile. Diese genaue Rubrizierung wird manche Fabrikate, die bisher unter der Rubrik „Andere musikalische Instrumente“ aufgeführt waren, ausgeschaltet und zum Spielzeug geworfen haben. Ist diese Annahme richtig, dann erscheint in der Rubrik „Andere musikalische Instrumente“ eine niedere Ziffer, als sie im Vergleich mit den Vorjahren bei gleicher Berechnungsweise sich ergeben mußte. Der Rückgang wird ein so bedeutender nicht sein, wie er hier in der Tabelle enthalten ist. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß nach Amerika (Vereinigte Staaten), einem der Hauptabgabgebiete für die Fabrikate, der Export durch die hohen amerikanischen Schutzölle bedeutend herabgegangen ist.

Nun weist die „Berliner Musik-Instrumenten-Zeitung“ darauf hin, daß in Australien, dem Hauptabgabgebiete des deutschen Klavierhandels, sich immer mehr die amerikanische Konkurrenz bemerkbar mache und den deutschen Handel bedränge. Daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika gewaltige Fortschritte in der Einfuhr ihrer musikalischen Instrumente nach Australien machten, ist richtig, aber die deutschen Fabrikanten haben auch keinen Grund, sich zu beklagen.

Der Export Deutschlands nach Australien betrug im Jahre 1893 an Klavieren 681 700 Kilogramm und war im Jahre 1899 auf 2 251 600 Kilogramm*) gestiegen, also eine Zunahme von 1 569 900 Kilogramm. Mit dem Ergebnis könnten gewiß minder begehrliche Leute, als unsere Musikinstrumenten-Fabrikanten, zufrieden sein, denn prozentual bedeutet das eine Zunahme von rund 230 pSt.

Erlauben wir uns in Deutschland Repressalien gegen die Einfuhr amerikanischer Instrumente, so wird uns das für den Handel mit Australien oder irgend einem anderen Staat nichts nützen, wohl aber könnten die Amerikaner herkommen und den Zoll auf Spielwaaren

*) Aus den amtlichen Berichten können wir nur die Gewichtsmengen angeben.

und mechanische Musikinstrumente, Zithern, Geigen, Harmonikas usw. erhöhen, und wir verlieren ein nicht unbedeutendes Absatzgebiet für diese Fabrikate.

Ein sehr zweifelhafter Vortheil der Klavierfabrikanten könnte unter Umständen mit einem erheblichen Verlust für die anderen Musikinstrumentenberufe bezahlt werden.

Die handelspolitische Schlaubeit unserer Klavierfabrikanten käme der Weisheit der berühmten Schildbürger gleich, die der Kuh den Strick um den Hals legen, um sie auf die mit Gras bewachsene Mauer hinaufzuziehen. Mehr kann man allerdings von Leuten à la Petermann, die heute den Ton in der Fabrikantenvereinigung angeben, nicht verlangen. Man kann nicht nur vorsichtig in der Wahl seiner Eltern, sondern noch mehr in der Wahl seiner Schwiegereltern sein. Es ist nicht nöthig, praktische Kenntnisse im Geschäft zu haben; wenn man nur Geld hat, ist man in den Kreisen seiner Fachgenossen heute eine angesehenere Person. Ein Bischof Schneidigkeit gegen die Arbeiter, ein zur Schau getragenes Scharfmacherthum, das den Großen lächerlich abgedudt ist, vervollständigt den äußeren Firnis, um in der Gesellschaft zu glänzen.

Deutsche Arbeitsverhältnisse in amtlicher Beleuchtung.

Die wirtschaftliche Konjunktur unseres Reiches war in dem abgelaufenen Geschäftsjahre 1899 eine ausnehmend günstige. Soweit man das in dieser Richtung vorliegende amtliche Material überblickt, zeigen die vorhandenen Belege deutlich, daß wir in einer Periode eines für die meisten Industriezweige ungemein günstigen Aufschwunges leben, was sowohl aus den Berichten der Unternehmerorganisationen als auch damit übereinstimmend aus den Äußerungen der Gewerkschaftspresse hervorgeht. Besehen wir uns vor Allem die wirtschaftliche Prosperität im Lichte der amtlichen Ziffern. Nach demselben ist fast durchwegs eine Produktionssteigerung im Jahre 1899 zu verzeichnen. So betrug die Roheisenproduktion Deutschlands im Jahre 1899 8 029 305 Tonnen, gegen 7 402 717 im Vorjahre, die Kupferproduktion 23 460 Tonnen, gegen 20 085 Tonnen im Vorjahre.

Sehr deutlich zeigt uns die Kohlenproduktion, die vor Allem als Maßstab der industriellen Wirtschaftsweise angesehen werden darf, durch ihren Mehrbedarf die Höhe des wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Kohlenförderung in Rheinland-Westfalen betrug 48 024 014 Tonnen, gegen 44 865 535 im Vorjahre, also eine Produktionssteigerung um 5,33 pZt. Die Menge des im ganzen Ruhrkohlenbecken hergestellten Roaks betrug 8 201 622, gegen 7 374 320 Tonnen im Vorjahre. Die günstige Konjunktur bewirkte natürlich auch eine erhöhte Gründungstätigkeit. So wurden im verfloffenen Jahre 364 neue Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 544,39 Millionen Mark errichtet, so daß durchschnittlich M. 1 490 000 auf jede Gesellschaft entfielen.

Unter den verfloffenen letzten zehn Jahren weist also das Jahr 1899 die höchste Ziffer auf, sowohl in Bezug auf die Zahl der stattgefundenen Neugründungen, als auch was die Höhe des angelegten Gesamtkapitals anbelangt. Bei diesem Aufschwunge, bei welchem auch, wie die Berichte über die sächsischen Gewerbeaufsicht mittheilen, eine Vermehrung der Betriebsanlagen von 17 781 auf 18 518 stattgefunden hat, wobei insbesondere die Betriebe mit Motoren eine Steigerung zu verzeichnen haben, hat naturgemäß auch eine Vermehrung der beschäftigten Arbeiteranzahl stattgefunden. So wird aus den 13 sächsischen Aufsichtsbezirken übereinstimmend berichtet, daß die Nachfrage nach Arbeiterinnen und Arbeitern größer denn je war, und daß der Bedarf in verschiedenen Zweigen der Industrie nicht gedeckt werden konnte. Mag sein, daß der Hinweis auf einen vorhandenen Mangel von Arbeitskräften etwas allzustark betrieben wird, im Allgemeinen zeugen auch hier die Zahlen von einer merklichen Erweiterung der industriellen Thätigkeit, denn in der That ist die Zahl der in zahlpflichtigen Betrieben überhaupt beschäftigten Personen von 507 677 im Vorjahre auf 527 523, also um 25 846 gestiegen. Die Produktionssteigerung bewirkte aber auch gleichzeitig eine lebhaftere Verkehrstätigkeit, die ja naturgemäß auch jeder wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung folgt. Die Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen (mit Ausschluß der bayerischen) für die ersten drei Quartale des letzten Jahres stellen nämlich die Einnahmen mit 928,77 Millionen Mark fest, was eine Mehrernte von 47,72 Millionen Mark gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1898 bedeutet.

Angesichts dieser gewiß günstigen Wirtschaftssperiode ist wol. die Steigerung der Gewinnanteile, die die

deutsche Industrie im abgelaufenen Jahre zu verzeichnen hat, in keiner Weise zweifelhaft. Die Frage ist nur, in welcher Weise eine derartige Aufwärtsbewegung die Einnahmeziffern unserer Arbeiterschaft und deren Lebenshaltung überhaupt beeinflusst hat. Darf man der auf dem Standpunkte der Versöhnung der Klassengegenstände stehenden Schulweisheit der bürgerlichen Sozialpolitiker glauben, dann konnte zweifellos das abgelaufene Geschäftsjahr 1899 nicht ohne sehr wesentlichen günstigen Einfluß auf die Lage der Arbeiterschaft bleiben, die ja — wie man noch immer behauptet — an dem Gewinnanteil des Unternehmers partizipiert. Die Thatfachen freilich geben uns ein anderes Bild. Ob zwar wir in Deutschland keinerlei sichere Statistik über die Bewegung der Arbeitslöhne besitzen, und demgemäß die vorhandenen Daten auf volle Genauigkeit keinen Anspruch machen können, genügen die vorhandenen sozialpolitischen Bruchstücke der amtlichen Erhebungen, um die thatsächlichen Verhältnisse im annähernd klaren Lichte erscheinen zu lassen. Nach diesen Erhebungen hat allerdings vielfach eine Erhöhung der Stück-, Tag- und Wochenlöhne in den verschiedenen Berufsarten stattgefunden, so daß es leicht den Anschein erwecken könnte, als habe die günstige Produktionsperiode auch einen erheblich günstigen Einfluß auf unsere Arbeiterverhältnisse besessen. Allein dieses theilweise Mehreinkommen schmilzt sofort zusammen, wenn man die Preissteigerungen auf allen Lebensgebieten erwägt. Diese Preissteigerungen, die in der That für alle Artikel in sehr beträchtlichem Maße stattgefunden haben, bringen es naturgemäß mit sich, daß all' die aufgebauhten Lohnerhöhungen gänzlich belanglos bleiben. Diese Thatsache wird auch in dem Berichte des Dresdener Aufsichtsbeamten erwähnt, und findet seine Bestätigung in der Ansicht des Freiburger Beamten, der sich vernehmen läßt:

„Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsartikel waren zum Theil höher als im Vorjahre. Das gilt besonders von Kartoffeln, deren Ernte im Gebirge weder der Qualität, noch der Quantität nach sich als gut erwies. Für Butter, Brot und Fleisch wurde zwar im Wesentlichen dasselbe gezahlt wie im Vorjahre, dagegen erfuhren Heringe eine ziemlich bedeutende Preissteigerung; ebenso sind auch Brennmaterialien und Petroleum theurer geworden.“ Eine wesentliche Besserung der Arbeitsverhältnisse wird aus den dreizehn sächsischen Aufsichtsbezirken nicht gemeldet. Der Fleischkonsum ist allerdings nach den Berichten der Freiburger und Chemnitzer Aufsichtsbeamten etwas gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Dem gegenüber darf man aber nicht verkennen, daß sich durch die allgemeine Betriebserweiterung die Zahl der zugewanderten Arbeiter vermehrt hat — in Chemnitz stieg die Zahl der in zahlpflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter um 1500 —, und daß andererseits in bürgerlichen Kreisen infolge der günstigen Geschäftssperiode eine Steigerung des Fleischkonsums stattgefunden haben mag. Ziel besser werden die Verhältnisse beleuchtet durch den Hinweis auf den Fleischkonsum in Pitzau, wonach der Verbrauch von Rindfleisch eine Abnahme gegenüber dem Jahre 1898, dagegen aber der Pferdefleischkonsum eine ganz erhebliche Steigerung zu verzeichnen hat. Ein ebenso ungünstiges Licht wirft auf die Verhältnisse die stattgefundenen Zunahme der Arbeit verheiratheter Frauen. Nicht weniger als 50 726 verheirathete Frauen zählte man im Berichtsjahre in den zahlpflichtigen Betrieben Sachsens. Ein recht bedenkliches Zeichen für den Wohlstand unter der Arbeiterschaft! Ein Mehrverdienst, der erzielt wurde, entfällt endlich auch auf das Ergebnis der Ueberstunden, von denen durch erwachsene Arbeiterinnen nicht weniger als 1 114 658, somit beinahe 1 Million mehr als im Vorjahre gemacht wurden. — Die Arbeitszeit selbst, mit derjenigen des Vorjahres verglichen, steht auf gleicher Höhe, und wenn Versuche, dieselben höher zu schrauben, nicht unternommen wurden, so ist das wohl vor Allem auf die vorbeugende Wirkung der Gewerkschaften zurück zu führen.

Beurtheilt man die ganze Sachlage nüchtern und ohne Voreingenommenheit, so zeigt sich die Phrase von den „guten Zeiten“ der Unternehmer, die aus rein menschlichem oder nationalem Empfinden dem Arbeiter seinen gerechten Antheil gewähren, als völlig hinfällig. Die Behauptung von den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter, die sich auf jeden Fall decken, ist eben bloße Phrase und hat mit der thatsächlichen Wirklichkeit nichts zu thun. Eine jede derartige Erscheinung lehrt vielmehr, daß Vortheile für die arbeitende Bevölkerung, die auf Grund einer guten Geschäftslage nicht nur gerecht, sondern auch möglich sind, im ständigen Kampfe errungen werden müssen. Eine gute, kräftige und wohlbeschänzte Gewerkschaftsbewegung ist daher auf jeden Fall die Vorbedingung zu künftigen wirtschaftlichen Erfolgen. Fr. L.

Die Scharfmacher im Münchener Schreinergerwerbe,

denen seit dem Streik der Kammer ganz bedeutend geschwollen ist, haben es sich nicht nehmen lassen, den im Kampf ehrenvoll unterliegenden Kollegen noch extra einige Fußtritte zu versetzen, um ihnen so die Niederlage doppelt fühlbar zu machen. Zunächst wurde in einer Meisterversammlung, in der über die seitens der Gesellen beschlossene Aufhebung des Streiks Stellung genommen wurde, beschlossen, den Streik nur dann als beendet anzusehen, wenn erstens von der Lohnkommission die schriftliche Erklärung abgegeben werde, daß der Streik beendet ist, wenn zweitens die Fernhaltung des Zuzugs nach München aufgehoben und die gesammte sozialdemokratische Presse durch die Lohnkommission davon benachrichtigt werde, und wenn drittens ausnahmslos die vom Arbeitgeberverband ausgearbeitete Arbeitsordnung unterschrieben anerkannt werde.

Die Lohnkommission hatte selbstverständlich keine Veranlassung, eine weitere Erklärung als die von der Aufhebung des Streiks abzugeben; sie lehnte das entwürdigende Verlangen der Scharfmacherorganisation rundweg ab. Das Bezeichnendste bei der ganzen Sache ist nur, daß die Scharfmacher während der ganzen Dauer des 16wöchigen Kampfes eine Lohnkommission nicht anerkannten.

Infolge dieser herausfordernden Stellungnahme der Scharfmacher verzögerte sich in vielen Geschäften die Wiederaufnahme der Arbeit. So waren am Samstag, den 22. September, noch gegen 1000 Streikende zu unterstützen. Am folgenden Montag, an dem endgültig die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, kam es wiederum zu mehrfachen Konflikten. Doch zu einem ernstlichen Zwischenfall kam es nur in der Hofmühlbude des Kommerzienraths Pöffenbacher, eines der Hauptschreier des Münchener Scharfmacherthums. Bei diesem Herrn wurde seit dem Jahre 1890 erst Morgens um 7 Uhr die Arbeit begonnen, während er jetzt von seinen Arbeitern verlangt, sie sollten um 4 7 Uhr beginnen. Das bedeutet für die Arbeiter, die zum Theil bis zu zwanzig Jahren in der Pöffenbacherbude beschäftigt sind, eine bedeutende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, so daß sie es schließlich vorzogen, den Pöffenbacher allein in seiner Bude zu belassen und anderweitig Arbeit zu suchen: sämtliche 27 Schreiner und Maschinisten, die bei Pöffenbacher bisher gearbeitet hatten, schüttelten den Pöffenbacher von ihren Pantoffeln. Herr Pöffenbacher organisierte nun eine Gegenaktion und versuchte bei den Meistern, wo seine Arbeiter Beschäftigung gefunden hatten, die Entlassung zu bewirken. Damit hatte aber Herr Pöffenbacher noch keine Arbeiter, sondern nur die Genehmigung, daß er seine Leute, von denen Einige zehn, sogar zwanzig Jahre bei ihm arbeiteten, auf's Straßensplaster warf. Es mußte mehr geschähen und man fafelte bereits abermals von einer allgemeinen Aussperrung, wenn sich die Arbeiter bei Herrn Pöffenbacher nicht fügen. So wurde vom Münchener Scharfmacherverein folgendes unverschämte und zum Theil erlogene Rundschreiben an die Schreinermeister Münchens erlassen:

München, den 24. September 1900.

Em. Wohlgeboren!

Nachdem über die Werkstätten des Herrn Kommerzienrathes Pöffenbacher die Sperre verhängt ist (ist unwar. D. Red.), Streikposten ausgestellt sind (ist eine Lüge. D. R.), und nachstehend verzeichnete Maschinisten und Schreinergehülfen ausdrücklich erklärt haben, daß sie bei Pöffenbacher nicht, wohl aber in anderen Werkstätten zu den Bedingungen der neuen Arbeitsordnung die Arbeit wieder aufnehmen, geben wir Ihnen unterstehend die Namen derselben bekannt, mit dem im Interesse der Solidarität dringendsten Ersuchen, keinen der Genannten einzustellen; sollte dies geschehen sein, sie sogleich wieder zu entlassen. Zur Klärung der Situation bitten wir Sie um Beantwortung der unten gestellten Fragen und sofortige Uebersendung des Koupons in mitfolgendem Koubert. Getreu unserer einstimmig gefaßten Beschlüssen, dürfen wir keines unserer Mitglieder maßregeln lassen, weshalb wir dringend bitten, unserem Ersuchen entsprechen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung.

J. Zwissler.

Die Meisterschaft des Münchener Schreinergerwerbes.

Og. Witt.

(Folgen in Fettdruck die Namen der 27 bei Pöffenbacher beschäftigt gewesenen Gesellen, die damit also in Verzug erklärt waren.)

Giergegen hat die Lohnkommission folgende Erklärung veröffentlicht:

In einem Rundschreiben an die gesammte Meisterschaft erklärt der Arbeitgeberverband des Baugewerbes für München und Umgebung und die Meisterschaft des Schreinergerwerbes München, daß 27 Gesellen der Firma Pöffenbacher, königlich bayerische Hof-Möbelfabrik, nirgends in München mehr eingestellt werden sollen; thatsächlich sind acht Schreiner, die bei anderen Meistern Arbeit erhalten, auf Grund obigen Schreibens sofort wieder entlassen worden. Wir haben nun Folgendes zu erklären: Es ist unwar., daß

bei Pöffenbacher Streikposten stehen und daß über das Geschäft die Sperre verhängt wurde, lediglich einzelne Arbeiter von Pöffenbacher haben sich am Montag nach der Entlassung vor der Fabrik einige Minuten aufgehalten. Sowohl Montag und Dienstag hat eine ganze Reihe von Schreibern mit Erlaubnis der Lohnkommission in der Fabrik um Arbeit nachgefragt und jedem Schreinergehilfen wurde bedeutet, man brauche keine Gesellen. Warum die alten Schreiner nicht mehr bei Herrn Pöffenbacher arbeiten wollen, kommt daher, daß die Leute in ruhiger, sachlicher Weise beim Chef selbst vorstellig wurden, um ihn zu ersuchen, die Einteilung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit doch so vorzunehmen, daß der Beginn um 7 Uhr Morgens stattfindet, unter Weibehaltung der 1 1/2 stündigen Mittagspause. Diese Bitte wurde rundweg abgelehnt und erklärt, entweder 1/7 Uhr Morgens Anfang oder die einstündige Mittagspause. Wenn die Leute auch dieses nicht wollten, so könnten sie ja bis Abends 1/7 Uhr arbeiten. Darauf erklärten die Schreiner, das hätten sie nicht verdient, indem sie schon 10, zum Teil 20 Jahre im Betriebe beschäftigt seien und nicht in den Streik getreten, sondern brutal angepöppelt worden seien. Auch sonst wurde jede Bitte der Arbeiter abgewiesen. So z. B. petitionierten die Arbeiter dieser Firma bereits seit 3 Jahren um das nötige Werkzeug, bis heute ohne Erfolg. Darum erklärten sämtliche Leute, sie wollten lieber auf die Beschäftigung bei Pöffenbacher verzichten und bei anderen Meistern arbeiten, denn dort würden die Wünsche der Arbeiter mehr berücksichtigt. Dies der ganze Hergang der Sache. Montag, Vormittags um 10 Uhr, gab der Vorsitzende der Lohnkommission im Bureau des Arbeitgeberverbandes die Erklärung ab, daß die Lohnkommission die Pöffenbacher'schen Gehälften unterstützen werde, den Leuten aber nicht vorzuschreiben könne, daß sie bei Pöffenbacher arbeiten müssen. Ueber das Geschäft werde keine Sperre verhängt, die Lohnkommission lasse den Dingen ihren Lauf. Das war Morgens um 10 Uhr, Nachmittags 6 Uhr befand sich bereits die gedruckte Liste mit den Namen der 27 Schreinergehilfen in den Händen eines Teiles der Herren Arbeitgeber. Wer hier provozierend aufgetreten, das überlassen wir ruhig dem Urtheile eines jeden rechtlich Denkenden.

München, den 25. September 1900.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.
S. A.: Anton Raith.

Seitens der Meister wurde hierauf eine Meisterversammlung einberufen, zu der als Tagesordnung angegeben war: „Heimliche Anschläge des Herrn Raith gegen die Meisterschaft.“ (11) Zum Glück wird ja die Suppe nie so heiß gegessen, wie sie gekocht wird, und so hupften auch die Münchener Schreinermeister zu ihrem Glück nicht auf die Leimröhren des Herrn Pöffenbacher und Konforten. Dieser mochte wohl auch von der Stimmung, wie sie unter den Meistern herrscht, einigermaßen Wind bekommen haben, so daß er in der Versammlung selbst den Großmütigen spielte — wie der Fuchs in der Fabel, dem die Trauben so sauer waren —, er verzichtete auf die Unterstützung der Meister. In der Versammlung wurde denn auch jedes Vorgehen gegen die Gehälften abgelehnt. Auch die Meister haben aus dem Streik ihre Lehren gezogen, Viele, namentlich die Kleinmeister, haben sich durch ihre Unterstützung der kommerziell-räthlichen Scharfmacherclique und durch ihren Widerstand gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter schwer geschädigt — und gebranntes Kind scheut das Feuer.

Das propäze Vorgehen der Scharfmacher trägt aber jedenfalls nicht dazu bei, beruhigend auf die Kollegenschaft zu wirken. Auch für unsere Kollegen, die auch heute noch wie ein Mann zusammenstehen und in ihrem Kampfe der Sympathien der gesamten Kollegenschaft Deutschlands sicher sind, kommt noch einmal die Zeit der Abrechnung, und daß diese nicht glimpflich für die Scharfmacher ausfällt, dafür haben Letztere selbst gesorgt. Die Arbeiter befolgen nun einmal den Grundjatz, auf einen Schelm an derthalbe.

Auch heute noch ist der Zug nach München fern zu halten, da noch 180 Kollegen zu unterstützen sind.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter Ulms nach statistischen Erhebungen.

Wie den Kollegen noch erinnerlich sein wird, sind die hiesigen Holzarbeiter dieses Frühjahr zum ersten Mal ernstlich in eine Lohnbewegung eingetreten und haben folgende Forderungen gestellt: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. 2. Erhöhung des bisherigen Lohnes um 10 pZt. für Akkord- und Tagelohn. 3. Abschaffung der Sonntags- und Ueberzeitarbeit, eventuell 25 pZt. Zuschlag. Unter den Kollegen war die Meinung vorhanden, daß diese minimalen Forderungen ohne Weiteres genehmigt werden; dieselben haben sich jedoch bitter getäuelt. Wohl ist die erste Forderung glatt durchgegangen, hingegen haben bezüglich der zweiten Forderung nur vier Kleinmeister ihre Zustimmung gegeben, außerdem hat die Firma Berger 5 pZt. bewilligt; alle übrigen Geschäfte haben diese Forderung abgelehnt mit der Motivierung, daß die Löhne der Holzarbeiter in den letzten zehn Jahren um mindestens 30 pZt. gestiegen seien. Ebenso ablehnend lautete die Antwort zu Punkt 3. Einige Firmen erklärten, daß jede Ueberzeit- und Sonntagsarbeit in ihren Betrieben ausgeschlossen wäre, andere führten an, daß sie solche nach wie vor höher bezahlen würden und so fort.

Bei der entscheidenden Versammlung, wo die Antwort der Arbeitgeber veröffentlicht und zur Diskussion gestellt wurde,

stellte sich die traurige Thatsache heraus, daß entgegen den Wünschen einer früheren Versammlung, wonach die Arbeiter der einzelnen Betriebe unter keinen Umständen irgend welche separate Abmachungen mit ihren Prinzipalen treffen dürfen, sondern hierfür ausschließlich die Lohnkommission kompetent wäre, daß dieses eben doch und gerade in den ausschlaggebenden größeren Betrieben geschehen war. Als die Lohnkommission sah, daß die Masse nicht mehr hinter ihr stand, empfahl sie, von dem letzten Mittel, dem Streik, keinen Gebrauch zu machen, die Lohnbewegung jedoch nicht aufzugeben, sondern nur zu verlagern und unterdessen die Organisation auszubauen. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes machten ihrer Verwaltung zur Pflicht, energisch dafür zu agitieren, daß die noch indifferenten Kollegen sich organisieren, für sämtliche Betriebe Werkstätten-Versammlungen zu arrangieren und die Kollegen überall zu veranlassen, Arbeiterausschüsse und Vertrauensmänner zu wählen, welche unter Anderem auch darüber zu wachen haben, daß das Wenige, was erreicht wurde, hoch gehalten wird und behufs weiterer Schritte mit der Verwaltung immerwährend in Fühlung tritt.

Zudem wurde beschlossen, statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu veranstalten, deren Ergebnis als Grundlage für weitere Aktionen dienen soll. Ueber das Resultat dieser Erhebungen wird heute berichtet:

Von den 500 hier beschäftigten Holzarbeitern haben 328 die Fragebogen ausgefüllt zurückgeschickt und zwar beizugehörten sich daran: Bau- und Möbelschreiner 171, Klavier- und Harmoniumarbeiter 58, Möbelschreiner 42, Drechsler 8, Polierer 10, Maschinenarbeiter 28, Formmacher 7, Wagner 4. Summa 328. Hiervon sind verheiratet 117, verwitwet 4, ledig 207.

Ergebnis des vorhandenen Arbeitssystems:

Branchen	Es arbeiten in			Durchschn. Verdienst pro Woche
	Lohn	Wort	abw. d.	
Bau- u. Möbelschreiner...	110	39	22	M. 17,90
Klavier- u. Harmoniumarb..	38	20	—	" 20,—
Möbelschreiner.....	42	—	—	" 18,45
Polierer.....	4	6	—	" 18,60
Maschinenarbeiter.....	28	—	—	" 19,20
Formmacher.....	2	5	—	" 17,70
Drechsler.....	4	4	—	" 18,44

Es ist hierdurch ersichtlich, daß der Durchschnittswochenverdienst der Holzarbeiter M. 18,62 beträgt. Da nun der Durchschnittsverdienst im Jahre 1897 M. 18,18 betragen hat, so ist eine Steigerung von 44 % pro Woche zu verzeichnen; dabei muß noch berücksichtigt werden, daß diese Statistik nach der Lohnbewegung aufgenommen wurde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden mit Ausnahme der Firma Bögeler mit 2-4 Gehülften und der Firma Nürnberger mit 12-20 Gehülften, welche eine Viertelstunde bzw. zehn Minuten täglich länger arbeiten. Daß die Arbeiter der letzteren Firma noch zehn Minuten täglich länger arbeiten müssen, ist ihr ursprüngliches Verdienst, da sie sich anlässlich der Bewegung recht unpolitisch und schlapp benommen haben. Bei den Klavier- und Harmoniumarbeitern beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden.

Wie sehr die Löhne hier schwanken, zeigt sich daraus, daß die Stundenlöhne für ausgebildete Kollegen sich auf 16-20 % belaufen, für ältere auf 25-45 %, jedoch sind diejenigen Kollegen, welche über 40 % verdienen, äußerst selten. In Bezug auf die Wohnungsverhältnisse ergibt die Statistik einen durchschnittlichen Mietpreis von M. 193 für zwei Zimmer und Zubehör, eine Steigerung seit der letzten Statistik um beinahe M. 20 pro Jahr; es dürfte somit der größte Teil des jährlichen Mehrverdienstes schon in dieser Hinsicht aufgehen, abgesehen von den zum Teil sehr erheblichen Verteuerungen der Lebensmittel. Von den 328 Kollegen, welche sich an der Statistik beteiligten, sind 171 im Holzarbeiterverband, 30 im Gewerbeverein der Tischler und 2 im christlichen Holzarbeiterverband organisiert.

Zur Lohnbewegung der Berliner Möbeldrechsler.

Nachdem der Streik der Berliner Baubredrechsler erfolgreich beendet worden war, beschloß am Sonntag, den 23. September, eine stark besuchte Drechslerversammlung, in allen Drechslerereien der Möbelbranche die Forderungen Montag, den 24. September, früh, einzureichen.

Daraufhin legten an diesem Tage 312 Kollegen in 58 Betrieben die Arbeit nieder. Im Laufe der ersten Woche wurden in 32 Werkstätten mit 120 Kollegen die Forderungen bewilligt. 192 Drechsler stehen noch im Streik. In verschiedenen Tischlereien haben die Drechsler ebenfalls eine Lohnerhöhung verlangt und bewilligt erhalten. Dieselben sind in den angegebenen Zahlen nicht mit inbegriffen. Alle Bewilligungen, welche nicht schriftlich eingereicht, oder Tarife, welche nicht mit dem Stempel der Firma oder der Unterschrift des Meisters versehen waren, wurden von der Streikkommission zurückgewiesen. Die Zahl der Bewilligungen würde sonst noch größer sein.

Hauptächlich wurden die Forderungen in den meisten kleinen Betrieben anerkannt, über welche sich die Sperre am schwersten aufrecht erhalten läßt. Unter den bewilligten Werkstätten befinden sich die des Obermeisters und mehrerer Mitglieder der Meisterkommission. Die Lohn erhöhungen betragen bis zu 20 pZt. Die übrigen Forderungen sind bereits in Nr. 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben worden.

Die Drechslermeister sind bereit, in Unterhandlung zu treten. Sie haben drei Kommissionen gewählt, eine für eltere Arbeiter, eine für echte Drechslerarbeiten und eine für Werkstätten mit Fußbetrieb.

Die Drechsler der Galanterie- und Luxusbranche sind durch den Streik nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag.

Der erste seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes, fand vom 16. bis 21. September in Mainz statt. Er hatte sich hauptsächlich mit der durch die Beseitigung des Koalitionsverbots politischer Vereine notwendig gewordenen Reorganisation der Partei zu beschäftigen. Die Zahl der Delegierten betrug 198, neben denen 6 Mitglieder des Parteivorstandes, 30 Mitglieder der Reichstagsfraktion und mehrere ausländische Gäste aus Wien und London anwesend waren. Da vorausgesetzt ist, daß die große Mehrzahl

der Kollegen über den Verlauf des Parteitages hinlänglich aus den Tageszeitungen unterrichtet ist, berichten wir nur kurz und unter besonderer Berücksichtigung der für die Gewerkschaftsbewegung wichtigen Verhandlungen.

Den Bericht des Parteivorstandes erstattete Pfannkuch. Aus seinem gedruckt vorliegenden Bericht entnehmen wir folgende auf die Gewerkschaftsbewegung Bezug habende Stelle:

„Im vorjährigen Bericht konnte noch auf den andauernden guten Geschäftsgang in den meisten Industrien hingewiesen werden. Der damit verbundene Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung brachte vielerorts den Arbeitern der verschiedensten Branchen eine günstigere Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bornehmlich waren es die Bauarbeiter der verschiedenen Berufe und die Holzarbeiter, die von der Lohnbewegung profitierten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß seit ausnahmslos die Arbeiter den Unternehmern Unterhandlungen über die gestellten Forderungen angeboten und erst, wenn die Unterhandlungen schroff abgewiesen wurden, zur Arbeitsniederlegung schritten. Diesem korrekten Verhalten hatten es die Arbeiter zu danken, daß die Anrufung des Einigungsamtes der Gewerbebehörde für sie fast immer erfolgreich war. Es muß dies ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich rege an den Wahlen zum Gewerbegericht zu beteiligen und die Agitation für die Forderung der obligatorischen Einführung der Gewerbegerichte nicht erlahmen zu lassen.“

Ueberhaupt haben die Arbeiter alle Ursache, durch stetige Ausbreitung und Pflege der Organisation sich die erlangenen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Anzeichen einer drohenden Krise wehren sich. Rückgang des Geschäftsganges wird gemeldet aus der Werkzeugmaschinenbranche, der Musikinstrumentenindustrie und der Textilindustrie. Der Rückgang ist zum Ausdruck gekommen theils in Arbeiterentlassungen, theils in erheblicher Herabsetzung der Arbeitszeit, wie z. B. bei der Firma für Teppichfabrikation Koch & Co. in Delzig im Voigtland. Es gilt, gewappnet zu sein, um der nahe liegenden Verführung des Unternehmertums, die Löhne zu reduzieren, widerstehen zu können. Darum hinein in die Organisationen.“

Die Bedeutung der Gewerbegerichte für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter wurde vom Pfannkuch's überigens nochmals in seinem ergänzend hierzu gegebenen mündlichen Bericht betont, wobei er ausführte: Der Passus im Vorstandsbericht von der Thätigkeit der Gewerbegerichte hat der gewerkschaftlichen, insbesondere der Scharfmacherpresse natürlich Anlaß zur Konstatierung gegeben, daß die Sozialdemokratie auch dies Institut in den Dienst ihrer Bewegung zu ziehen versucht. Wir werden uns durch diese Klagen nicht abhalten lassen, mit noch verstärkter Kraft dafür einzutreten, daß das Gewerbegerichtsgesetz in einer Weise ausgestaltet wird, daß es nicht, wie heute noch vielfach, ein Messer ohne Klinge ist, sondern ein schneidendes Instrument im Kampfe um die Erriugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Des Weiteren wird in dem Bericht Bezug genommen auf die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter. Im Anschluß hieran heißt es:

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter soll zum Weißbluten gebracht werden, damit auch die Wertler sich ungenirt die lockende Beute der auf Jahre hinaus geschätzten Aufträge teilen können, die ihnen die Schiffsbauten der deutschen Marine garantieren. Das Frohlocken bei dem Deutzeug will man nicht durch die Wahrung der Teilnahme in Gestalt von Erhöhung des Stundenlohnes der Arbeiter um ein paar Pfennige getrübt sehen. Von den enthusiastischen Flottenschwärmern wurden den Arbeitern die erstaunlichsten Vortheile ausgemalt, die sie aus der vermehrten Arbeitsgelegenheit der Verstärkung der deutschen Flotte haben würden. Jetzt bekommen die Arbeiter einen Vorgeschmack von den Früchten, die ihnen von dem Geschäftspatriotismus der Industriellen zugebacht sind.“

Weiter wird an die bedeutenden ausländischen Streiks erinnert, wobei es heißt:

„Glänzende Proben der internationalen Solidarität hat die klassenbewusste deutsche Arbeiterchaft bei der großen Aussperrung der dänischen Arbeiter und dem Ausstand der österreichischen Bergarbeiter abgelegt. Für die dänischen Arbeiter, deren Aussperrung nach 15wöchiger Dauer am 4. September v. J. beendet wurde und mit einem Sieg der Arbeiter abschloß, wurden M. 218 413 aufgebracht. Die österreichischen Bergleute erhielten rund M. 60 000 übermieten. Zieht man darnach in Betracht, welche Summen die Holzarbeiter, die Maurer, Zimmerer, die Bergleute und Textilarbeiter in dem Berichtsjahr bei den zahlreichen und umfangreichen Lohnkämpfen geleistet haben, so erhält man ein annäherndes Bild von dem Opfermuth und der Zähigkeit, womit die deutsche Arbeiterklasse ihre Kämpfe zu führen verheißt.“

Schließlich sei noch eine die Bedeutung der Arbeitersekretariate hervorhebende Stelle des Berichts wiedergegeben:

„Neben der Betätigung internationaler Solidarität und neben der Führung des Klassenkampfes wendet die Arbeiterklasse mit steigendem Interesse auch ihre Aufmerksamkeit der Wahrung der Interessen des Einzelnen zu. Diese Aufgabe ist den Arbeitersekretariaten zugefallen, deren Zahl inklusive des am 1. Oktober in Hamburg zu eröffnenden auf 21 gestiegen ist. Bereits geht von dem Münchener Sekretariat die Anregung aus, in Berlin ein Zentralorgan der Sekretariate zu schaffen, dem hauptsächlich die Wahrnehmung der Termine vor dem Reichsversicherungsamt obliegen soll. Es liegt in der Natur der Einrichtungen sozialer Fürsorge, daß sich immer größere und weiter gehende Ansprüche geltend machen. Diesem Gesetz der Entwicklung können sich auch die aus der Initiative der Arbeiter geschaffenen Einrichtungen nicht entziehen. Deshalb wird auch die Zentralstelle der Arbeitersekretariate wie auch die auf dem Parteitag in Hannover geforderte zentrale Austauschstelle für sozialdemokratische Gemeindevertreter, Krankenkassen- und Turningsvorstände zc. in Funktion treten, sobald es gelungen sein wird, die Personenfrage in befriedigender Weise zu lösen.“

Aus dem ebenfalls in der Hauptsache schriftlich erstatteten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Singer gab, führen wir als für die Gewerkschaften besonders interessant jene Stelle wörtlich an, welche auf die Ablehnung der Zucht- und Strafvorsorge folgen Angedenkens Bezug hat. Es heißt da:

„Von unserer Seite wurde es in diesem Stadium der Verhandlung nicht mehr der Mühe für werth erachtet, die Nebenarbeiten der Gegner einer Widerlegung zu würdigen — wir wollten das Begräbnis der Zucht- und Strafvorsorge nicht verzögern. Und es ging Schlag auf Schlag, Paragraph um Paragraph verschwand unter dem Hohn gelächter Derer, die davon getroffen werden sollten, in der Verzenkung, bis das Wort ertönte:“

Einleitung und Heberschrift sind abgelehnt und hiermit der Gesetzentwurf in allen seinen Theilen. Eine dritte Beratung findet daher nicht mehr statt.

Das war das verdiente Ende einer Gesetzesvorlage, die gestützt auf eine Sammlung von Polizeigesetzen, dem Unternehmertum die Dienste und die Hilfe der Gerichte zur Verfügung stellen wollte. Ein Ausfluß einseitiger Klassenpolitik, hätte die Vorlage, wenn sie Gesetz geworden wäre, ein Mittel geboten, um die Arbeiter noch mehr unter die Vormachtigkeit der Unternehmer zu bringen, und die Rechtsprechung wäre auf Grund gesetzlicher Bestimmungen gezwungen worden, sich kapitalistischen Klasseninteressen dienlich zu machen.

Dem Parteivorstand sowohl als auch der Reichstagsfraktion wurde seitens des Parteitag's Entlastung erteilt.

Das in Mainz beschlossene Organisationsstatut unterscheidet sich nicht wesentlich von dem seit 1890 und bis jetzt bestehenden. Wichtig ist nur ein Passus, wonach in Zukunft auch Vereinsvorstände sozialdemokratischer Vereine mit dem Parteivorstand in direkten Verkehr treten und den Verkehr zwischen der Parteizentrale und der Organisation am Orte vermitteln können, was ja bisher infolge gesetzlicher Hindernisse ausgeschlossen war.

Weiter nahm der Parteitag nach längerer Verhandlung eine scharfe Protestresolution gegen die das Volk auch wirtschaftlich enorm schädigende Weltpolitik, wie sie ja jetzt an der Tagesordnung ist, an.

In der Frage der Verkehrs- und Handelspolitik wurde eine Resolution angenommen, durch welche sich der Parteitag gegen Zollwucher jeder Art und für eine weitere Zentralisation und Reichsstaatlichung wie auch den Ausbau des Verkehrswezens ausspricht.

Schließlich wurde bezüglich der Beteiligung an den Landtagswahlen ein Beschluß gefaßt, der diese Frage zunächst jedenfalls einer günstigen Lösung entgegengeführt hat. Der Beschluß, der mit 163 gegen 66 Stimmen gefaßt wurde, hat diesen Wortlaut:

Der Parteitag wolle beschließen: In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahltagung einzutreten. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Zentralwahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Damit ist es den organisierten Arbeitern des größten deutschen Bundesstaates zur Pflicht gemacht, sich trotz des Dreiklassenwahlrechts an der Wahl zu beteiligen, um so einen Einfluß auf die Partikulargesetzgebung auszuüben — eine Entwicklung, mit der auch die Arbeiterorganisationen, betrachten wir die Kompetenzen der einzelstaatlichen Gesetzgebung, nur zufrieden sein können.

Für die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist eine Behandlung der bedeutsamen Fragen der Kohlennot und Wohnungsnot borgeeignet.

Der Parteitag wurde von Singer mit folgenden Worten geschlossen:

Abgesehen von den eigentlichen Geschäften für die Partei, gipfelt unsere Tätigkeit in der einmütigen Verurteilung der Groberoberungs- und Gewaltpolitik, in der einmütigen Verurteilung des sich in den Vordergrund drängenden persönlichen Regiments, in der einmütigen Verurteilung der absolutistischen Regierungen und der Mißachtung der Volkvertretung. Dieser einmütige Protest wird den heutigen Nachtzählern zum Bewußtsein bringen, daß die weitaus stärkste politische Partei Deutschlands, daß die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands Widerstand gegen eine solche Politik erhebt. Dieser einmütige Protest findet seine logische Fortsetzung in dem internationalen Pariser Kongreß, zu dem ein Teil von uns jetzt fahren wird.

Dort in Paris wird das Proletariat aller Länder, wird die internationale Sozialdemokratie sich ebenso einmütig unserem Protest anschließen und wir werden im Gegensatz zu der Haager Friedenskonferenz eine Friedenskundgebung des internationalen Proletariats erleben, wie sie früher nicht gedacht werden kann. Uns aber, den deutschen Delegierten, steht in Paris noch eine andere Aufgabe bevor. Wir werden in den Verhandlungen wiederum den Beweis zu liefern haben, daß die deutsche Sozialdemokratie sich eins füßt mit der Sozialdemokratie aller Länder, und ich bezweifle nicht, daß ich im Sinne jedes Einzelnen von Ihnen spreche, wenn ich Sie bitte, uns zu beauftragen, den Bruderparteien aller Länder die Grüße der deutschen Sozialdemokratie zu überbringen und damit die Befreiung zu verbinden, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, die internationale Solidarität zu wahren im Kampfe für die Befreiung des Proletariats aller Länder, und Schluß an Schluß mit den Genossen aller Länder weiter zu kämpfen! (Lebhafter Beifall.)

Diese Versicherung Namens der deutschen Sozialdemokratie abzugeben, halten wir uns durch Ihre Zustimmung für berufen. Schätzig: Sie diese Versicherung und bekunden Sie, daß wir auch in Deutschland unsere alten Wege wandeln wollen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Die internationale, die deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmten dreimal begeistert in den Ruf ein und sangen den ersten Vers der Parteiliedes.

Kundigen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Seit Mai dieses Jahres nimmt die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte langsam, aber sicher fortgeschritten zu. An den Arbeitsnachweiser zeigen sich der Zustand der Arbeitslosen; nicht nur der Bedarf an Arbeitskräften nimmt ab, sondern auch die Zahl der bisher Beschäftigten. Eine Zusammenstellung der Berliner Arbeitsnachweiser über die Bewegung an den Arbeitsnachweiser und die Veränderungen in der Mitgliederzahl der Arbeitslosen, soweit sie an die Berichtserstattung der gesamten Zeitschrift angeschlossen sind, bringt die folgende Tabelle:

Tabelle deutlich zum Ausdruck. Es kamen nämlich an den Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen im Monat

Table with 2 columns: Month and Number of workers. Rows: März (87,7), April (99,0), Mai (101,3), Juni (93,0), Juli (100,5), August (94,1).

Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Noch im Mai fand eine kleine Zunahme statt. Dagegen betrug gegen den Vormonat die Abnahme im Juni 0,6, im Juli 1,4 und im August 0,05 pZt. Steigendes Angebot von Arbeitskräften, Abnahme des Beschäftigungsgrades gehen Hand in Hand und schaffen eine Konstellation, unter der ein Winter mit hoher Arbeitslosigkeit zu erwarten ist.

Der Lokalverband der Dresdener Bauunternehmer hat jetzt einen Vorstoß mit der Streikflaute unternommen. Der Vorstand des Verbandes hat an königliche und städtische Behörden eine Petition gerichtet, in der unter Anderem gefordert wird, in Baubetriebe folgenden Passus aufzunehmen: „Bei einem Ausstand oder einer Bausperrre der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber verlängert sich die Bauzeit um die Dauer des Ausstandes oder der Sperrre, gleichviel, ob dieselben einen theilweisen oder gänzlichen Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeigeführt haben.“

Die Unterschämtheit der Forderung wird beinahe noch durch die Überempfindlichkeit, die in der Begründung zu Tage tritt. Da heißt es unter Anderem:

„Veranlaßt durch die fortwährenden, sich allerorts in Deutschland wiederholenden Streiks der Bauarbeiter, die zum größten Teil von einer bestimmten Klasse von Führern der Sozialdemokratie geleitet werden, haben sich auch die Arbeitgeber im Baugewerbe zum großen Teil vereinigt, um nicht ganz der Spielball einer gewissen Klasse von Menschen zu werden, die sich aufspielen, den jetzigen Staat über Bord zu werfen und einen Staat nach ganz neuen Anschauungen herzustellen.“ Man sieht, den guten Willen zum Schlichter haben die Dresdener Bauunternehmer; nur etwas zu plump ist diese Rede.

Von den staatlichen und städtischen Behörden Sachsens ist nicht der mindeste Widerstand gegen die Forderungen zu erwarten, am allerwenigsten wird sich der Minister des Innern, Herr v. Meißner, dagegen sträuben. Der Herr hat ja schon den Dresdener Bauunternehmern beim Maurerstreik im vorigen Jahre das weitgehendste Entgegenkommen zugesagt und sein Versprechen auch wahr gemacht, wie das scharfgelegene Vorgehen der Polizei zeigte. Er wird es auch hier an Entgegenkommen sicher nicht fehlen lassen.

Eine zweite in derselben Petition aufgestellte Forderung dürfte auch den Arbeitern zu Gute kommen, obwohl sie von Unternehmerinteressen diktiert ist. Der Lokalverband ersucht nämlich noch, bei Vergebung der Arbeiten nicht den Mindestfordernden zu berücksichtigen und den Submittenten kontraktlich zur Pflicht zu machen, nicht unter den vom Arbeitgeberverband festgesetzten Löhnen arbeiten zu lassen, bei sofortigem Verlust des Auftrages.

Die zweite Forderung dürfte auf Schwierigkeiten stoßen, die erste werden Behörden und Stadtverordnete in Dresden als selbstverständlich betrachten.

Umfassende Lohnherabsetzungen kündigt die ultramontane „Germania“ im Baugewerbe an. Angeblich sollen die Bauherren die Löhne nicht mehr zahlen können, auch wollen sie auf mehrere Jahre hinaus keine Verpflichtungen übernehmen. Wenn die „Germania“, die sich mit Vorliebe den Anstrich der Arbeiterfreundlichkeit giebt, über Arbeitsverhältnisse unterrichtet wäre, dann müßte sie wissen, daß bisher die Verträge mit den Arbeitern nur auf ein Jahr lauteten und auch auf Seiten der Arbeiter gar kein Verlangen geltend gemacht ist, auf längere Zeit Verpflichtungen einzugehen. Was die Unternehmer wollen, ist uns längst klar, sie wollen bei der sich ungünstiger gestaltenden Baukonjunktur die Löhne drücken. Da im nächsten Monat Verhandlungen über den Tarif für 1901 eingeleitet werden, so werden sich sehr bald die Absichten der Unternehmer feststellen lassen. Das sei den Herren gesagt, daß mit einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ein einmütiger Widerstand der Bauarbeiter hervorgerufen wird.

Krankensürsorge durch die Versicherungsanstalten. Die Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen hat kürzlich einen Beschluß gefaßt, durch den der Umfang der als Vorbeugung gegen künftige Invalidität dienenden Krankensürsorge in dankenswerther Weise erweitert wird.

Ein Arbeiter A. in M. litt an schlechter Verdauung, die auf ein mangelhaftes Gebiß, das erhebliche Liden aufwies, zurückzuführen war. Der Arzt befandete, daß, wenn sich Patient kein künstliches Gebiß einsetzen lasse, sich später Invalidität einstellen würde. Da die Krankenkasse, der der Erkrankte angehört, sich weigerte, die Kosten des Gebißes zu tragen, da ein solches nicht zu den „Heilmitteln“, wie sie das Krankenversicherungsgezet vorsticht, gehört, wurde die Landesversicherungsanstalt darum angegangen. Der Patient berief sich auf den bekannten § 18 des Invalidenversicherungsgezetes, nach dem die Versicherungsanstalt ein „Heilverfahren“ übernehmen kann, wenn Invalidität zu befürchten und die Heilung des Erkrankten möglich erscheint. Die Versicherungsanstalt bewilligte die Einsetzung eines vollständigen Gebißes auf ihre Kosten.

Diese Entscheidung ist im Interesse des Betroffenen, sowie aller seiner versicherten Lebensgefährten freudig zu begrüßen, denn sie schützt ihn auf die Dauer vor Invalidität aus Mangel an Zähnen; aber gerade darum liegt sie im eigenen Interesse der Versicherungsanstalt. Auf diesem Gebiete steht den Versicherungsanstalten überhaupt noch ein sehr weites Feld sozialer Fürsorgeoffenheit offen.

Gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken. Auf Veranlassung des Reichskanzlers wurde im Frühjahr des Jahres 1898 eine Erhebung über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Erhebung hat das Reichskanzleramt alsbald bearbeitet und in Form einer Denkschrift nach Tabellen dem Reichstag des Innern vorgelegt, woselbst inzwischen Beschlüsse über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken ausgearbeitet worden sind. Die

Ergebnisse der Erhebung werden nunmehr in den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs (Heft III d. Jahrg.) veröffentlicht. Die Enquete ergab, daß in Deutschland 532 283 gewerblich thätige Kinder gezählt wurden. Das Königreich Sachsen ist an dieser großen Zahl mit 187 831 beteiligt, oder, anders ausgedrückt, von je 100 volksschulpflichtigen Kindern sind in Sachsen 22,80 gewerblich beschäftigt, die höchstmittlere Relativziffer. Die niedrigsten Ziffern weisen auf: Waldeck mit 0,58, Mecklenburg-Strelitz mit 1,28 und Bayern mit 1,58. Was nun die Art der Beschäftigung der Kinder im ganzen Reiche anbelangt, so waren gezählt: Industrie 306 823 gleich 57,64 pZt., Handel 17 623 gleich 3,31 pZt., Verkehr 2691 gleich 0,51 pZt., Gast- und Schankwirtschaft 21 620 gleich 4,06 pZt., Ausstragenberufe 135 830 gleich 25,52 pZt., gewöhnliche Laufdienste 35 909 gleich 6,75 pZt., sonstige gewerbliche Thätigkeit 11 787 gleich 2,21 pZt. Allein in der Textilindustrie waren 143 710 Kinder unter 14 Jahren vorhanden gleich 46,84 pZt. bei industriell beschäftigten Kindern.

Es ist anzunehmen, daß in den festgestellten Zahlen, die auch so ein Bild trostloser Verhältnisse bieten, nicht die volle Zahl aller gewerblich beschäftigten Kinder enthalten sind, da Maß bei der Erhebung mit begreiflichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Kann Deutschland seinen Holzbedarf allein decken? Auf diese Frage gab Professor Enders-München als Referent über die Neuregelung der Handelsverträge in der Generalversammlung des Deutschen Forstvereins in Wiesbaden am 18. September diese Antwort:

Trotzdem unsere Zollsäge eine Einfuhr des Auslandes zu Schieberpreisen verhindern, und trotzdem unsere Holzpreise bisher völlig parallel mit dem Steigen und Fallen der inländischen Holzpreise liegen, ist die Holzeinfuhr stets im Steigen, weil Deutschland seinen Bedarf durch die inländische Produktion nicht mehr decken kann. Hohe Holzeinfuhrmengen sind ein Zeichen wirtschaftlichen Aufschwunges. 1899 repräsentiert die gesammte Holzholzmehrumsnahme eine Rundholzmenge von 10 Mill. Kubikmetern. Im Inlande können 16 bis 17 Millionen Kubikmeter erzeugt werden. Wollten wir die 10 Millionen Mehreinfuhr auch im Inlande erzeugen, so bräuchten wir eine Fläche von 8 Millionen Hektar über das Vorhandene hinaus, das Bewaldungsprozent des Deutschen Reiches müßte von 26 auf 40 pZt. steigen, während nur noch 1 Million zur Aufforstung geeignet sind. Das Defizit kann also nicht entfernt gedeckt werden. Abgesehen davon, wird der Erfolg erst nach frühestens 50 Jahren in die Erscheinung treten. Nur Bayern und Württemberg haben einen Holzüberschuß, das gesammte übrige deutsche Reich verbraucht mehr als es produziert.

Er erklärte sich daher auch nur für einen mäßigen Schutz Zoll. Der Zoll auf Holz soll in Anbetracht der Unentbehrlichkeit dieses Materials für die Industrie auf der jetzigen Höhe belassen werden. Nur für Holzschmittwaaren sei ein höherer Zollsatz zu befürworten.

Die französischen Arbeitsräthe, deren Einrichtung durch ein von Präsident Douhet genehmigtes Dekret angeordnet ist, setzen sich jeweils zur Hälfte aus Arbeitern, zur anderen Hälfte aus Arbeitgebern zusammen. Ihre Aufgaben werden im Artikel 2 folgendermaßen auseinandergesetzt: 1. Ihre Meinung, sei es auf Ansuchen der Beteiligten, sei es auf Verlangen der Regierung, über alle die Arbeit betreffenden Fragen abzugeben; 2. an den von dem Oberarbeitsamte verlangten und von dem Handelsminister angeordneten Untersuchungen mitzuwirken; 3. in jeder Gegend für die in den verschiedenen Mäßen vertretenen Gewerbe durch möglichstes Zusammenwirkenlassen der Arbeitgeber- und Arbeitergewerkschaften Tabellen aufzustellen, die den normalen und laufenden Stand der Löhne und die durchschnittliche Dauer der Arbeitsstage feststellen; 4. den öffentlichen Gewalten die Maßregeln abzuverlangen und anzugeben, die geeignet sind, eintretenden Falls der Arbeitslosigkeit in ihren Bezirken vorzubeugen; 5. den zuständigen Behörden Berichte über die Verteilung und über die Verwendung der Subventionen zu unterbreiten, die den Arbeiterschutz- und Arbeitereinrichtungen der Gegend zugewendet werden; 6. hinsichtlich der Durchführung der Gesetze, Dekrete und Erlasse, die die Arbeit regulieren, und der Verbesserungen, deren sie fähig sind, einen Jahresbericht auszuarbeiten, der dem Handelsminister zu übermitteln ist.

Bzüglich der Zusammenfassung der Arbeitsräthe wird festgesetzt, daß sie in Sektionen geteilt werden, deren jede Mitglieder derselben oder verwandter Gewerbe aufweist. Jede Sektion besteht zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern. Die Gesamtzahl der Mitglieder jeder einzelnen kann nicht weniger als sechs und nicht mehr als zwölf betragen. Wähler sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 25 Jahre, die in dem Bezirk der Arbeitskammer wohnen, ihrer bürgerlichen Rechte nicht beraubt worden sind und einem der in der Sektion eingeschriebenen Gewerbe angehören, ferner die Arbeitgeber- und Arbeiterverbände. Arbeitgeber und Arbeiter wählen natürlich getrennt. Die Daten der Wahlen werden durch Erlasse der Präsektur festgesetzt. Die einzelnen Sektionen müssen mindestens alle Vierteljahr einmal zusammentreten. Sie haben als Schiedsrichter bei Streitfragen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu wirken. Jede Sektion ernannt einen Präsidenten und einen Sekretär, von denen je einer Arbeiter und einer Arbeitgeber sein muß. Jedes Jahr müssen sämtliche Sektionen zu einer Vollversammlung zusammentreten, deren Datum von dem Präsidenten des Departements festgesetzt wird.

In den Motiven zu dem Dekret heißt es unter Anderem: „Es ist eine oft festgestellte und daher banal gewordene Thatsache, daß in der modernen Großindustrie Arbeiter und Arbeitgeber den Arbeitskontrakt nicht auf dem Fuße der Gleichheit abschließen, wenn der Arbeiter isolirt bleibt und über kein Mittel zur Verständigung mit seinen Kameraden verfügt. Denn die Lage der beiden Kontrahenten ist grundverschieden. Der Abgang eines Arbeiters unter mehreren Hunderten ist für den Großindustriellen fast stets von absoluter Bedeutungslosigkeit; der Arbeiter wird leicht ersetzt und die Produktion durch sein Ausschneiden in keiner Weise beeinträchtigt. Dem Werkmanne, der als Kapital nur seine Arbeitskraft besitzt, ist dagegen die Entlassung ein schwerer Uebelstand. Er muß zunächst oft Tage, ja Wochen hindurch feiern. Manchmal sieht er sich sogar in die Zwangslage versetzt, den Ort und selbst die ganze Gegend, die seine Heimath von Anbeginn gewesen oder im Laufe der Zeit geworden ist, zu verlassen. Gegen diese Gefahren haben die Arbeiter keine andere Möglichkeit, als ihre Einigung, ihre Gruppierung zu Syndikaten in Hinsicht auf das Studium und die Vertheidigung ihrer Berufsinteressen. Mit allen möglichen Mitteln die Bildung

solcher Korporationsverbände, die dem Fortschritte des sozialen Friedens so überaus dienlich sind, zu fördern, ist eine Aufgabe, die eine republikanische Regierung, die dieser Bezeichnung sich würdig erweisen und den Ueberlieferungen der Demokratie treu bleiben will, nie aus den Augen lassen darf."

Bekanntmachungen der Gauvorstände. Gau 22. Vorort München.

Bericht und Abrechnung des Gauvorstandes für das erste Halbjahr 1900.

Im ersten Halbjahr fanden im Gau durch den Gauvorstand 99 Agitationsversammlungen statt, darunter je eine solche in Günzburg und Wiesbach, wo Zahlstellen nicht bestehen.

Neue Zahlstellen wurden gegründet in: Krumbach, Brien a. Chiemsee, Immenstadt und Kaufbeuren. Im letzteren Orte bestand früher schon eine Zahlstelle, die jedoch vor zwei Jahren einging.

Infolge zahlreicher Differenzen und Konflikte mit den Unternehmern mußte der Gauvorstand auch in diesem Halbjahre des Defizitens eingreifen. In Reichenhall weigerte sich Schreinermeister Heim, den 8 Schreiner die sonst in allen dortigen Betrieben übliche zehnstündige Arbeitszeit zu gewähren; nach gepflogenen Unterhandlungen mit dem Gauvorstand wurde die Forderung genehmigt.

In Günzburg verlangte Schreinermeister Fehle von seinen 9 Schreiner den Austritt aus dem Verbands; auch hier wurde eine Einigung herbeigeführt und das Ansuchen zurückgenommen. Wegen Maßregelung von zwei Drechslergehilfen war ein Einschreiten in Krumbach nötig; die zwei Kollegen verzichteten jedoch freiwillig auf die Stelle.

Weitere Differenzen waren noch zu regeln in Pasing: Aenderung der Fabrikordnung bei Gerßdorf & Brandenburg, in Rosenheim: wegen Maßregelung des Bevollmächtigten. In Starnberg erreichten die Schreiner im Vereine mit den Zimmerern ohne nennenswerthen Kampf die Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause und eine Zulage von M. 1 pro Tag bei Arbeiten außerhalb des Ortes.

In Augsburg wurde die Lohnbewegung der dortigen Wagnergehilfen mit gutem Erfolge von der Zahlstelle durchgeführt. Zu ersten Differenzen kam es in der Zahlstelle München. Zu Beginn des Jahres wurde der Gauvorstand, der für München zugleich die Funktion als Lohnkommission ausübt, in Anspruch genommen durch den Beschluß der Meisterschaft, daß zu Weihnachtsnachten und Neujahr im Jahre 1899 nicht, wie in der Werkstattordnung vorgesehen ist, um 4 Uhr Feierabend sein solle.

Eine riesig besuchte Versammlung legte energischen Protest gegen ein derartiges Gebahren der Meisterschaft ein. Nachdem in allen bedeutenden Städten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, beauftragten auch die Münchener Kollegen den Gauvorstand, für Einführung desselben die geeigneten Schritte zu thun.

In mehreren Versammlungen wurde darüber berathen. Als Resultat der Beratungen wurde der Meisterschaft eine Abänderung der Werkstattordnung auf der Grundlage des einheitlichen Beginnes der Arbeitszeit und des Neunstundentages für sämtliche Schreinerereien und Holzbearbeitungsgeschäfte vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden von der Meisterschaft rundweg abgelehnt. Nachdem von Seiten des Gauvorstandes mehrere Versuche zur gütlichen Einigung über die strittigen Punkte, jedoch erfolglos, gemacht wurden und nachdem alle sonstigen Einigungsversuche an der strikt ablehnenden Haltung der Meisterschaft unter Führung des Arbeitgeberverbandes scheiterten, war der Streik unvermeidlich.

Erreulich ist es, zu konstatieren, wie sich in unserem Oberlande der Gedanke der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr ausbreitet; dagegen war es nicht möglich, in Niederbayern und Schwaben nennenswerthe Fortschritte zu machen, trotzdem dort die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei den Schreiner die denkbar schlechtesten sind.

In einzelnen Zahlstellen ließ der Besuch der öffentlichen Versammlungen manchmal zu wünschen übrig, was in den meisten Fällen auf mangelhafte Vorbereitung zu denselben zurückzuführen sein dürfte. Ebenso wäre eine regere Korrespondenz resp. Verbindung der Zahlstellen mit dem Gauvorstande noch recht wünschenswerth, und wird durch diesen Umstand das Arrangement von Versammlungen oder Vorträgen oft recht erschwert, da wir auch immer unter dem Mangel an geeigneten Rednern zu leiden haben. Die Geschäfte des Gauvorstandes wurden in zehn Sitzungen erledigt, dazu kommen noch vier Sitzungen, welche sich speziell mit der Münchener Lohnbewegung befaßten.

Die Korrespondenz zeigt folgendes Bild: Einläufe: 1 Telegramm, 2 Pakete, 96 Briefe, 76 Karten, 2 Postanweisungen; in Summa 177 Einläufe. Ausgänge: 149 Briefe, 131 Karten, 36 Pakete, 2 Telegramme, 1 Postanweisung; in Summa 319 Stk. Dies der allgemeine Bericht. Wenn in diesem Halbjahr, namentlich gegen Schluß desselben, der Gauvorstand in der Agitation keine größere Thätigkeit entfalten konnte, so bitten wir, dies dadurch entschuldigen zu wollen, daß die Lohnbewegung die Kräfte desselben vollständig in Anspruch nahm. In vorzutrefflicher Weise haben uns die Kollegen in Augsburg in der Agitation, namentlich im Schwäbischen, unterstützt, ebenso haben einzelne Kollegen in den Zahlstellen mit großem Eifer für Verbreitung der Organisation gewirkt, und hoffen wir, daß der Kreis dieser eifrigen Mitarbeiter ein immer größerer wird zum Wohle des Ganzen.

Der Kassenbericht für das erste Halbjahr lautet wie folgt: Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows include: Kassenbestand vom vorigen Halbjahr (M. 203,90), Beiträge aus der Hauptkasse (1100,-), Freiwillige Beiträge der Zahlstellen (122,-), Ausgabe: Diäten und Fahrgebelter an Referenten (509,80), Drucksachen und Inserate (24,70), Porto und Schreibmaterial (41,08), Persönliche Verwaltungskosten (282,10), Sonstige Ausgaben (133,70), Summa (M. 1311,33), Kassenbestand für das 2. Halbjahr 1900 (114,87), Summa (M. 1426,90).

Freiwillige Beiträge wurden von folgenden Zahlstellen in der angegebenen Höhe eingesandt: Ingolstadt M. 5, Lindau 5, Passau 10, Memmingen 4, Freising 20, Straubing 10, Pasing 20, Füssen 5, Rosenheim 10, Nibling 5, Reichenhall 8, Augsburg 20.

Die Richtigkeit obiger Abrechnung bestätigen: München, den 1. Juli 1900. Für den Gauvorstand: Ant. Rath, Jg. Göttried, Eb. Erll. Als Revisoren: Joh. Schweiger, Mart. Happersberger, Fern. Blenninger. Die Adresse des Gauvorstandes ist: Anton Rath, München, Humboldtstr. 40, 1. Et. links; die Adresse des Kassavers: Jg. Göttried, Lärchenstr. 71.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Berlin. Die Sektion der Korbmacher hielt am 10. September bei Wille, Andreasstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, um den Bericht über den Streik in der Korfkorbbirchene entgegenzunehmen. Der Obmann Weg wies auf die Verhältnisse hin, die im Jahre 1897 bestanden, wo die ersten größeren Posten Korfkörbe seitens der Regierung ausgegeben wurden. Hier wurde für den Korb ein Preis von M. 10-11 erzielt und ein Arbeitslohn von M. 5-5,50 gezahlt. Daß dieser Preis sich nicht auf die Dauer halten würde, war vorauszu sehen. Einerseits war es die Profitgier der Unternehmer, durch möglichst billige Offerten die Submissionen an sich zu reißen, andererseits ist das unverständige Arbeiten der Kollegen, der dabei erzielte hohe Lohn daran schuld, daß der Preis naturgemäß sinken mußte. Obwohl man nach allem diesem mit einem niedrigeren Preis rechnete, glaubte man doch nicht, daß ein Fallen des Preises von M. 11 auf M. 8,20 für den Korb resp. der Arbeitslohn von M. 5,50 auf M. 1,35 möglich sein würde. Wurde im Jahre 1897 ein außerordentlich hoher Lohn erzielt, so reicht der heutige nicht aus, um das zum Leben Nothwendige zu beschaffen. Die Unternehmer waren bei diesem Preise gezwungen, das billige Material zur Herstellung der Körbe aufzukaufen. Vielfach wurde ihnen aber von Seiten der Regierung die Abnahme verweigert. Hierdurch gezwungen, einigte sich ein kleiner Kreis von Unternehmern zur Erzielung eines höheren Preises, und diesen gelang es, den Preis um das Doppelte zu erhöhen. Unter diesen Umständen hielten auch die Arbeiter eine kleine Verbesserung ihres Lohnes für angebracht. Hatte die Submittenten durch ihre Vereinigung den Preis nun um das Doppelte erhöht, so benutzten sie auch gleich diese Einigung, um die Forderungen ihrer Arbeiter niederzuhalten. Sie warteten nicht ab, bis die Arbeiter mit einer Forderung an sie herantraten, sondern zogen noch 10 M. von dem bisher gezahlten Lohn ab. Diese Handlungsweise schlug dem Fab den Boden aus. Die Arbeiter, aufgereizt durch die Organisation, waren nicht willens, sich eine derartige Lohnreduktion gefallen zu lassen und legten infolgedessen am 4. September die Arbeit nieder. Alle Verhandlungen seitens der Arbeitnehmer wurden von den Unternehmern scharf zurückgewiesen. In der Diskussion wurde das rigorose Vorgehen der Unternehmer in den schärfsten Ausdrücken verurtheilt. Mittlerweile lief seitens der Unternehmer ein Schreiben ein, worin sie sich erbieten, den Abzug rückgängig zu machen. Seitens der Versammlung war man einstimmig der Meinung, daß der in Spandau gezahlte Lohn, M. 2,10, auch hier gezahlt werden müßte, ohne den die Arbeit nicht aufzunehmen sei. Nunmehr wurde der Antrag gestellt, den ursprünglichen Lohn von M. 2,25 zu normiren. Um nun nicht die Verhandlungen von vornherein unmöglich zu machen, stellte Schwebel folgenden Antrag: 1. Zahlung eines Stücklohns von M. 2,10. 2. Lieferung von guten und gewicktem Material. 3. Einstellung sämmtlicher bis zum Ausbruch des Streiks beschäftigten Personen, dagegen Entlassung von fünf Arbeitern, da diese die Interessen ihrer Kollegen auf das Schwerste geschädigt haben. Dieser Antrag gelangte zur Annahme. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung. Mittlerweile ist die Lohnbewegung nach vierzehntägiger Dauer zu Gunsten der Kollegen beendet worden.

Bunzlau. In unserer letzten Mitgliederversammlung referirte Kollege Lindner aus Breslau über die Neutralität der Gewerkschaften. Er betonte, daß unser Verband stets neutral gewesen sei in dem Sinne, als er in religiösen und politischen Fragen seinen Mitgliedern vollständige Freiheit ließ. Weiter kritisirte Redner die Stellung der christlichen und kirchlichen Dunder'schen Gewerksvereine und vertrat in seinem Referat zum Schluß den Standpunkt, daß wir keine Veranlassung hätten, von unserem gegen diese Organisationen bisher eingenommenen Standpunkt abzuweichen. Gemäß dem Beschluß einer früheren Mitgliederversammlung und entsprechend einem Auftrage des Gauvorstandes war unser Bevollmächtigter mit den Kollegen in Gagnau in Verbindung getreten, um auch dort dem Verbands Eingang zu verschaffen. Nunmehr haben sich dort 9 Kollegen dem Verbands angeschlossen, so daß unsere Versammlung es zweckmäßiger fand, in Gagnau eine selbstständige Zahlstelle zu errichten. Die nöthigen Vorbereitungen sind hierzu auch getroffen und wünschen wir unseren Gagnauer Kollegen recht tüchtige Erfolge.

Cöpenick. Am Sonntag, den 23. September, fand hier im Goldenen Hirsch eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Beckow aus Berlin über: "Die Schädlichkeit der Ueberstundenarbeit" referirte. Redner kennzeichnete die Handlungsweise solcher Kollegen, die sich zur Ueberstundenarbeit hergeben, nicht nur als schädlich für die Allgemeinheit, sondern auch für die betreffenden Kollegen selbst, die damit ihren Körper einer schweren gesundheitlichen Schädigung aussetzen. Der Vortragende, welcher das Thema vollständig erschöpfend behandelte, fand mit seinem Referat allseitige Zustimmung. Kollege Wingorn verwies in der folgenden Debatte auf die Werkstätte Föppler, von wo aus namentlich in der letzten Zeit alle Versuche gemacht wurden, unseren Verband zu schädigen. Von der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, durch die das Verhalten der Kollegen in der betreffenden Werkstätte auf's Schärfste gerügt wurde. Außerdem beschäftigte sich die Versammlung mit den Missethänden in den Stellmachereibetrieben, zu deren Befreiung in der nächsten Zeit die energischsten Schritte unternommen werden sollen.

Solmar. Vor Kurzem ist es den Bemühungen einiger Kollegen gelungen, hier wiederum eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen, der sich trotz aller Bemühungen von unserer Seite ein großer Theil der Kollegen noch fern hält. Was die Verhältnisse am Orte anbetrifft, so sind sie wohl unangünstiger, als an irgend einem anderen Orte Deutschlands. Die Arbeitszeit beläuft sich auf 11 bis 11 1/2 Stunden täglich, doch kam es bei einem Meister, Namens K. B. e. l. e., vor, daß ein Arbeiter von 5 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends an den Maschinen schufte für einen Lohn von ganzen M. 2 täglich. In den anderen Werkstätten sind die Löhne nicht viel besser. Der höchste Lohnsatz ist hier 31 M. pro Stunde. Dabei sind die Nahrungsmittelpreise und Wohnungsmiethen hier sehr hoch. Aus alledem erhellt jedenfalls, daß die Kollegen Solmars alle Veranlassung hätten, sich der nunmehr bestehenden Organisation, dem Holzarbeiterverbande, anzuschließen. Es ergeht deshalb auch an dieser Stelle an unsere unorganisirten Arbeitsbrüder die Einladung, das Versäumte bald nachzuholen, durch ihren Beitritt den Verband am Orte so zu stärken, daß er in wirksamer Weise eine Vertretung unserer Interessen durchzuführen kann.

Stettin. Die Lohnbewegungen der Stellmacher in den verschiedenen Städten Deutschlands hat auch den hiesigen Stellmachern gelehrt, daß nur durch eine gute Organisation etwas erreicht werden kann. Um nun die Agitation unter ihren Berufskollegen besser betreiben zu können, beschloßen die Stellmacher der hiesigen Zahlstelle, eine Sektion zu gründen. Die erste Versammlung fand am 22. September statt und war gut besucht. Zwölf Kollegen ließen sich aufnehmen. Kollege Schneider gab einen ausführlichen Bericht über die Lage der Stellmacher Deutschlands. Aus eigener Erfahrung konnte er den Kollegen ein Bild von der erbärmlichen Lage der Stellmacher, namentlich in Schlesien, geben. Aber auch hier im Rheinland liegen die Verhältnisse nicht viel besser. Lange Arbeitszeit, 11 bis 12 Stunden täglich, neben zahlreichen Ueberstunden sind hier üblich. Der Lohn ist den theueren Lebensmittel- und Wohnungspreisen gegenüber sehr gering. Ein großer Uebelstand ist auch das Kost- und Logiswesen bei den Krautern, und muß es unsere Aufgabe sein, hier zuerst den Hebel anzusetzen. Kollege Schneider wies darauf hin, daß nur durch die Organisation etwas erreicht werden könnte, und verwies auf die Erfolge der Kollegen von Hannover, München, Leipzig und Mainz, die durch den Verband ihre Lage wesentlich gebessert haben. In der Diskussion ergänzten noch einige Kollegen diese Ausführungen und forderten auf, recht zahlreich in unserer nächsten Versammlung, die am 6. Oktober bei Dörs, Schützenstraße, stattfindet, zu erscheinen.

Emmendingen (Baden). Wie den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes bereits bekannt ist, wurde hier am 1. Juli eine Zahlstelle gegründet. Daß die Gründung einer solchen Vereinigung den Herren Meistern nicht sonderlich bejagt, ist ja bekannt, denn diese Herren sehen ein, daß ihr willkürliches Benehmen gegenüber den Arbeitern ein Ende nimmt, so bald Letztere selbstständig zu denken und sich zu organisiren beginnen. Unter den hiesigen Meistern hat sich Herr F. o. h. r. e. n. b. a. g. ganz besonders in der Bekämpfung unserer Organisation hervorgethan. Daß dieser Herr Ursache dazu hat, wollen wir unten nachweisen. Interessant mag wohl Allen sein, zu erfahren, wie dieser Herr sich den Arbeitern gegenüber benimmt. Hier eine Probe: Ein Mitglied der hiesigen Zahlstelle wollte den Gesellen des Herrn Föhrenbach, welche Mitglieder der hiesigen Zahlstelle sind, die "Holzarbeiter-Zeitung" und einen verschlossenen, an die Arbeiter adressirten Brief, welcher eine Einladung zur Versammlung enthielt, übergeben. Im Hofe des genannten Herrn traf er mit einem Mann zusammen, den er für einen Gesellen hielt, und fragte denselben, ob er bei Föhrenbach arbeite, derselbe bejahte dies; unser Kollege fragte nun denselben weiter, ob er die Zeitungen und den Brief an die Arbeiter abgeben wolle, auch dieses wurde bejaht. Nun stellte es sich heraus, daß dieser Mann der Herr Föhrenbach selbst war, welcher nun, statt die Zeitungen und den Brief abzugeben, dieselben für sich behielt und den Brief, der doch an seine Arbeiter adressirt war, öffnete, ohne ihn den Arbeitern zu übergeben. Von unserem Kollegen über diese inforrekte Haltung zur Rede gestellt, hatte der Herr noch den Muth zu antworten: "Es ist überhaupt eine Freiheit von Thnen, mir so etwas anzubieten". Wir sind anderer Ansicht, wir denken, daß es eine Freiheit von einem Meister ist, den Gesellen Zeitungen und einen Brief zu unterschlagen. Daß dieser Herr, der, nebenbei bemerkt, auch recht fromm ist, die größte Ursache hat, die Arbeiterorganisation zu bekämpfen, geht aus den traurigen Umständen hervor, die in seiner Bude existiren. Außer einer langen Arbeitszeit (elf Stunden) und schlechter Kost kann dort ein Geselle auch noch Prügel bekommen, was thatsächlich dem Kollegen Guber passiert ist. Nachdem derselbe gekündigt hatte, rief ihn der Herr Meister in seine Wohnung, wo er ihm in seiner Wuth zwei Ohrfeigen verabreichte. Ueberhaupt hat sich Föhrenbach stets als Prügelmeister hervorgethan, besonders zu jener Zeit, als er noch Werkführer bei Schneider war. Im Uebrigen wollen wir dem Föhrenbach rathen, in Zukunft seine Gesellen auch als Menich zu betrachten. Auch wäre es aufrichtiger Wunsch der Gesellen, daß die Bettmäße denn und wann einmal gewechselt würde. Das Auskehren des Schlafzimmers wird wohl auch nicht nur einmal im Vierteljahr nothwendig sein. Also, Herr Föhrenbach, kommen Sie einmal zuerst Ihrer Pflicht nach, dann können Sie verlangen, daß die Gesellen ein Gleiches thun. Den hiesigen Arbeitern, besonders den Holzarbeitern, soll dieses Verhältniß bei Föhrenbach beweisen, welches großes Arbeitsfeld noch vorhanden ist, bis menschenwürdige Verhältnisse hier einmal Platz greifen. Daß der Holzarbeiterverband das einzige Mittel ist, um eure Lage zu heben, beweist der giftige Groll des Herrn Föhrenbach. Darum tretet Alle, Ihr noch Fernstehenden, dem Verbands bei. Wenn Ihr vereinigt gegen diese unwürdigen Verhältnisse kämpft, werden sie bald beiseite sein. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 22. September, Abends 8 1/2 Uhr, in der "Sünerhalle" statt, wozu wir alle Kollegen freundlichst einladen.

Reugersdorf. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am hiesigen Orte sind, wie leider noch in vielen Orten Deutschlands, sehr traurig, und die Kollegen hätten deshalb allen Anlaß, durch Schaffung einer starken Organisation für eine Besserung derselben Sorge zu tragen. Trotzdem ziehen viele Kollegen es vor, die Klimbim-Vereine zu unterstützen und zu bevölkern. Die Preise der Lebensmittel am Orte sind ganz großstädtisch heranzukommen, wogegen die Löhne in gar keinem Verhältniß hierzu stehen. M. 13 und 14 Wochenlohn sind hier gang und gäbe. Bei Kleinmeistern wird noch 11 Stunden gearbeitet, auch wird in diesen Geschäften Kost und Logis vom Meister geliefert.

Alles in Allem wäre hier eben für die Organisation noch sehr viel Arbeit, wollten die Kollegen nur mehr als bisher für den Holzarbeiterverband thätig sein, damit dieser wenigstens eine achtunggebende Stärke erlangt. Dann könnte man auch hier etwas reinen Tisch machen mit den die Arbeiter schädigenden Mißständen.

Wiesbaden. Die Korbmacher Deutschlands dürfte es interessieren, zu erfahren, welche Verhältnisse ihren Berufs-Kollegen in einem der größten Badeorte Deutschlands geboten werden. Bei den Bademinhabern erhält ein mittlerer Arbeiter M. 6-8 Wochenlohn neben Kost und Logis. Dieser Lohn reicht meistens für einen Menschen mit selbst bescheidenen Bedürfnissen nicht aus. Das Logis ist meistens unterm Dach. Die fragwürdigsten Verhältnisse sind jedenfalls in dem größten Geschäft am Plage, bei Herrn L. Herrlein, anzutreffen. Mit Vorliebe engagiert dieser Herr verheiratete Kollegen von auswärts, denen er dauernde Arbeit, guten Lohn zc. verspricht; meistens wird ein zweijähriger Vertrag mit vierteljährlicher Kündigung bei festem Lohn abgeschlossen. Da nun jeder vernünftige Kollege einen bestimmten Lohn der Akfordschäuferei vorzieht, fallen Viele auf die fein ausgeschmückten Anerbietungen des Herrn Herrlein herein, denn schon nach kurzer Zeit wird der Vertrag gewöhnlich zum Schaden der Kollegen aufgelöst. In der ersten Zeit, wenn die Arbeit prächtig ist, da geht es an. Da werden Ueberstunden gemacht bis in die Puppen hinein, am liebsten bis Mitternacht, so aus lauter Liebhaberei, denn eine Bezahlung der Ueberstunden wird dadurch umgangen, daß dem Arbeiter in Aussicht gestellt wird, in der flauen Zeit ohne Lohnabzug spazieren gehen zu dürfen. Kommt jedoch die stille Zeit, so ist der Arbeiter meistens überflüssig und kein Gewerbe-gericht sichert ihm die Vortheile seines auf zwei Jahre abgeschlossenen Arbeitsvertrages. Wie so oft, so hat auch hier ein indifferentes Kollege wesentlich mit darauf hingewirkt, daß die Arbeitsverhältnisse sich so ungünstig gestaltet haben. Dieser arbeitet 16-18 Stunden, wenn es verlangt wird. Von einer Organisation will er nichts wissen, wenn es aber den anderen Kollegen ein Bein zu stellen gilt, dann ist er gleich bei der Hand. Jedenfalls haben die Wiesbadener Kollegen alle Veranlassung, auf eine Befestigung dieser Zustände hinzuwirken. Bei den hohen Preisen, die hier für Korbmacher gefordert und gezahlt werden, ist es übrigens sehr leicht möglich, den Gehülften entgegen zu kommen. Den Kollegen Deutschlands möchten wir aber empfehlen, Wiesbaden nicht gar so sehr zu überlaufen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Bei der Firma Faust & Fröhlich in Bayreuth sind Differenzen ausgebrochen. Im vergangenen Frühjahr stellten dort die Arbeiter folgende Forderungen:

- 1. Kalkulationen der neu anzufangenden Arbeiten innerhalb vier Tage.
- 2. Beibehaltung der bisherigen Akfordsätze.
- 3. Garantie des Wochenlohnes und Abschaffen des Salbos.
- 4. Bessere Behandlung.
- 5. Auszahlung des Uberschusses am Samstag nach Beendigung der Arbeit.
- 6. Einhaltung der versprochenen 25 pBt. für Ueberstunden.

Diese Forderungen wurden, nachdem der Gaudorstand eingegriffen hatte, von der Firma auf Ehrenwort und Unterschrift bewilligt. Aber mit dem Ehrenwort und der Unterschrift glaubt die Firma es nicht so genau nehmen zu müssen. Die genehmigten Forderungen sind sämtlich brach gelegt. Was die Kalkulation anbelangt, so muß der Arbeiter Wochen lang warten und den Unternehmer fortgesetzt daran erinnern, damit er endlich weiß, was er für die Arbeit erhält. Die Akfordsätze, die der Unternehmer mit der Kommission vereinbart hat, werden nicht mehr eingehalten; fortgesetzt wird daran abgezwickelt, dadurch ist der Arbeiter genöthigt, Defizit zu machen. Hat ein Arbeiter einmal das Glück, ein paar Groschen über sein Konto zu verbuchen, so entstehen demselben allerlei Unannehmlichkeiten, bis er seine Arbeit abliefern kann. Allerlei Kostenamen, wie Pfuscher, Missethäter, Genarrte zc. hat der Arbeiter zu gewärtigen. Ist aber Defizit vorhanden, dann kann die Arbeit nicht schnell genug fortkommen. Ueberstunden werden selten gemacht, sind aber solche doch vorhanden, so werden die versprochenen 25 pBt. nicht ausbezahlt; in letzter Zeit kamen nicht einmal die Ueberstunden bezahlt. Die Behandlung der Arbeiter durch Herrn Faust ist keine menschliche mehr, fortgesetztes Anbrüllen ist an der Tagesordnung. "Was es nicht paßt, kann gehen", heißt die Parole. Diese Scheltanreden wären lange nicht so, wenn nicht ein Aufschneider (Zuschneider Graf) fortwährend bei den Unternehmern schürte würde. Hat doch Herr Faust, als er Theilhaber des Geschäftes wurde, die Arbeiter gefragt, wann er Untugenden an sich hätte, sollte man es ihm nur sagen, er würde sich diese dann abgewöhnen, nur damit es nicht heiße, er sei Arbeiter-Schikanierer. Seitdem aber Herr Graf als Zuschneider fungirt, ist es auch nicht mehr zum Aushalten. Die letzten Tage haben das Maß voll gemacht. Hat doch Herr Graf den Arbeitgeber unterbrochen, Alles zu verzerren, damit alles Material von ihm verlangt werden müsse; sollte dem Arbeiter etwas passiren, so müßte er es bezahlen. Sehen zwei Arbeiter beisammen, um ein Wort miteinander zu reden, mit Ihnen der Zuschneider zu: "Gehst Ihr zum Lohn, wenn der Salbo gemacht wird, dann heißt es, wir haben gearbeitet, aber kommt nur einmal wieder, wenn die Arbeitzeit Euch zu lang ist." Sofort wird Herr Faust unterrichtet, der auch gleich die betreffenden Arbeiter zur Seite stellt. Legen Montag hat Herr Faust wiederholt einzelne Leute in der barocksten Weise angefahren; einem Kollegen hat er sofort blinde Schläge in sein Gesicht machen lassen, damit er den Aufseher Graf nicht mehr erblicken kann; einem Anderen hat er mitgehört, einem Dritten verboten, sich von dem Uebermann trugenden Mißthier eine warme Hand zu holen.

Die fortgesetzten Schikanen veranlaßten die Kollegen, Mittags vor Beginn der Arbeit eine Kommission in's Comptoir zu senden. Derselben wurde vom Arbeitgeber erklärt: "Heute habt Ihr für Euer Vergnügen kein gemacht und morgen ist gepörrt." Die Kollegen erklärten, unter solchen Umständen die Arbeit überhaupt nicht auszuführen. Ein zweiter Vermittelungsversuch, wobei die Kommission im Auftrag der Arbeiter anfragte, ob Herr Faust die genannte Anweisung, die Auspeinigung betreffend, aufrecht erhalten, erwiderte mit dem Resultate: "Heute ist gepörrt, und morgen wird Ihr machen was Ihr wollt. Im Uebrigen ist von heute ab Zuschneider Graf als Werführer proklamiert; er ist für Alles verantwortlich." Herr Fröhlich behandelte zuerst die Kommission ganz human, wurde aber nach längerer Unterhandlung ebenfalls unerbittlich. Er verlangte, daß die Arbeit sofort wieder auszuführen solle, unter der Bedingung, daß die Arbeiter bei Graf als Werführer anerkennen. Dies legte die Kommission den Arbeitern vor, welche einstimmig erklärten:

"Wir erkennen jeden Werführer an, nur Graf als solchen nicht". Die Unternehmer beharrten auf ihrem Standpunkte, und sämtliche Kollegen legten hierauf die Arbeit nieder. In Betracht kommen 6 Verheirathete und 15 Weibge. Die Kollegen von auswärts werden ersucht, dieses Eldorado nicht zu überlaufen, dann ist der Sieg auch unser. Sämtliche Kollegen erklärten, lieber abreisen zu wollen, als unter dem Regiment des Graf die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ueber die Werkstätte des Herrn Eichholt, Schreiner in Altenhagen, wurde durch Beschluß einer Mitglieder-versammlung unserer Hagener Zahlstelle die Sperre verhängt, was sich aus dem Verhalten dieses Herrn rechtfertigt. Dieser Herr hatte bringende Arbeit, infolgedessen mußten die Kollegen branlos schreien und Ueberstunden machen auf Teufel komm hin. Als die Arbeit beinahe fertig war, schickte er aber die Kollegen in unerhörtester Weise. Gegenüber einem Kollegen äußerte er sich: "Die Verbandsbrüder mag ich überhaupt nicht leiden", und erging sich in Schimpereien auf die Ortsverwaltung. Ein Kollege kam Morgens eine Stunde später, dafür bekam er Grobheiten zu hören. Als der Kollege darauf erklärte, wenn Herr Eichholt Ansprüche zu machen hätte, möge er sich an das Gewerbegericht wenden, zeigte ihm Herr Eichholt die Fäuste, mit der Bemerkung: "Das ist bei mir Gewerbe-gericht". Die Kollegen werden dem Herrn zeigen, daß sie ihn zu würdigen wissen, indem sie von seiner wenig einladenden Werkstätte fern bleiben. Da in Hagen verschiedene Daleskramer sind, bei denen man anstatt Lohn Grobheiten bekommt, so ist es für die fremden Kollegen besser, sie unterlassen das Anschauen überhaupt und erkundigen sich auf der Herberge nach den Arbeitsverhältnissen, dort wird ihnen Auskunft gegeben. So lange die Arbeit flott ging, hörte man selten oder garnichts von solchen Vorommnissen; die Zeiten sind vorüber, deshalb müssen die Kollegen doppelt die Augen offen halten, um sich nicht zu schädigen. Vor Allem ist aber Zuzug fern zu halten.

In der Lugschmiedfabrik von S. Linke & Cie. in Gottleuba sind Differenzen ausgebrochen. In der Vertretung des durch Krankheit behinderten Chefs hat ein Buchhalter, Namens Hermann, die Leitung der Fabrik übernommen, der aber vom Fach absolut nichts versteht, um so mehr aber die Arbeiter zu schuriegeln weiß. Konflikte zwischen Arbeitern und der Firma sind dann die Folge. So auch am 17. September, wo ein Wortwechsel mit dem Buchhalter den Anlaß dazu gab, daß ein Kollege, der Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes und als solcher vom Geschäftsleiter best. gehalten ist, entlassen wurde. Gleichzeitig wurde den Arbeitern angekündigt, daß in Zukunft die Materialien, wie Spiritus, Politur, Glaspapier zc., von ihnen bezahlt werden sollen. Da nun seit Pfingsten die Arbeitszeit täglich um vier Stunden verkürzt war und die Geldmittel fast erschöpft sind, glauben die Unternehmer solche Verschlechterungen auf leichte Weise bei uns einführen zu können. Zunächst versucht man die älteren Kollegen hinauszukeln, um an ihre Stelle jüngere und billigere Arbeitskräfte einzustellen. Hoffentlich wird das einmüthige Zusammenhalten der organisierten Arbeiter die Ausführung dieser liebenswürdigen Absicht vereiteln. Wir ersuchen daher, den Zuzug von Drechsler nach Gottleuba zu vermeiden, nur dann ist es möglich, unsere Sache durchzuführen zu können.

In der Lugschmiedfabrik von Aug. Wördelmann in Trebbin, wo unsere Kollegen in eine Lohnbewegung einzutreten beabsichtigten, ist durch Unterhandlung ein wenn auch geringer Erfolg erzielt worden, so daß ein Ausstand gegenstandslos wird. Ausführlicher Bericht folgt.

In der Dampfdrehlerei von Bönicke in Coswig sind mehrfach Konflikte ausgebrochen, deshalb ist Zuzug fern zu halten, eventuell wolle man sich wegen Auskunft, betreffend Arbeitsverhältnisse, an die Zahlstellenverwaltung wenden. (Siehe auch unter "Aus den Berufen der Holzbranche".)

Aus den Berufen der Holzbranche.

In der Dampfdrehlerei von Bönicke in Coswig scheint man, so schreibt das "Volkstbl. für Anhalt", die Lohnreduktionen zu wollen. Die Arbeiter glauben, die Lohnreduktionen erfolgten auf Anregung des neuen Meisters Lammhauer (früher in Gößen). Aus seinen Redensarten sei dies wenigstens ersichtlich. So meinte er legthm z. B., die Unternehmer seien die Sklaven der Arbeiter. Und worin besteht dies Sklaventhum der Unternehmer? Weil vor einiger Zeit die Bönicke'schen Drechsler durch ihre Eintigkeit eine geplante Lohnreduktion unmöglich machten. Wenn also die Arbeiter nicht mit allen gebotenen Mitteln zufrieden sind, dann sind die Arbeitgeber Sklaven. Eine merkwürdige, aber vom Standpunkte eines Meisters aus erklärliche Ansicht! Und dabei besteht ein Theil der Bönicke'schen Drechsler noch einen ganz erheblichen Theil Zufriedenheit. Möchte doch Herr Lammhauer für die stricke Durchführung des Lohnarbeits Sorge tragen, er würde dann ganz gut mit seinen Arbeitern auskommen. Jedenfalls würde er, wenn er die Arbeit für den den Drechsler gebotenen Lohn machen müßte, selbst sehr unzufrieden sein.

Erwähnt sei hierbei noch, daß seinerzeit den Arbeitern, welche bei Herrn Bönicke wegen Zurücknahme einer Lohnreduktion vorstellig wurden, ein recht wenig anständiger Empfang zu Theil wurde. Dieser Herr glaubte seinem Haß vor Allem gegen die "Holzarbeiterzeitung" in ganz besonders drastischer Weise Ausdruck verleihen zu müssen. Er meinte nämlich, diese Zeitung sei nicht werth, als Josephpapier verwendet zu werden. Den Haß des Herrn Bönicke finden wir begreiflich. Würde die "Holzarbeiterzeitung" den Bönicke'schen Drechslern anrathen, die Herabdrückung der Löhne immer ruhig hinzunehmen, dann dürfte sie sich vielleicht der größten Gunst des Herrn Bönicke zu erfreuen haben. Herr Bönicke irrt aber, wenn er vielleicht meint, die Unzufriedenheit unter seinen Arbeitern sei durch die "Holzarbeiterzeitung" hervorgerufen worden. Nach unserer Meinung bedarf es dazu wahrhaftig keiner solchen Mittel. Wir sind überzeugt, wenn Herr Bönicke selbst als Drechsler sein Brot verdienen müßte, und man wollte ihm angeichts der immer mehr in die Höhe gehenden Lebensmittel- und Kohlenpreise an den Tag legen, die die Unzufriedenheit seiner Arbeiter weit in den Schatten stellen dürfte. Dazu würde es nicht erst des Einschüßes der so verhassten Arbeiterpresse bedürfen.

Ueber die Art und Weise, mit welcher Herr Bönicke die "Holzarbeiterzeitung" belächelt, wollen wir, so schreibt das

"Volkstblatt für Anhalt" dazu, mit ihm nicht rechten. Jeder beträgt sich eben so gebildet, als er kann. Den Zweck der "Holzarbeiterzeitung" haben die deutschen Holzarbeiter längst erkannt — auch die Coswiger Holzarbeiter kommen immer mehr dahinter —, und dürfte auch der Vorschlag des Herrn Bönicke über die Verwendung dieser Zeitung nur ein frommer Wunsch bleiben. Unsere nobelste Aufgabe wird es stets sein, aufklärend unter den Holzarbeitern Deutschlands zu wirken und sie in der Öffentlichkeit zu schützen gegen die Praktiken des Unternehmertums vom Schläge der Bönicke und Konforten und ihrer Handlanger à la Lammhauer.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die Berliner Tischlerinnung. Besonders in den letzten Wochen macht sich ein Bestreben der Unternehmer bemerkbar, die wenigen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Vortheile der Arbeiter darstellen, durch Arbeitsvertragsklauseln zum Schaden des Arbeiters außer Kraft zu setzen. Auch die Tischlerinnung von Berlin beabsichtigt einen ähnlichen Streich, wie aus folgendem, von ihr erlassenen Rundschreiben hervorgeht:

Berlin, den 16. September 1900.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Das neue Bürgerliche Gesetz trifft in § 616 Bestimmungen, welche geeignet sind, den gesamten Gewerbebestand schwer zu belasten. Es wird darin den Arbeitern ein Anspruch auf Entschädigung zugesprochen, auch für Versäumnisse, als gerichtliche Termine und Vernehmungen, Kontrollversammlungen, militärische Uebungen, häusliche Abhaltungen, wie Geburten und Todesfälle, Krankheiten zc., und zwar nicht nur bei Lohnarbeiten, sondern auch bei Akford. Es ist ganz in das Belieben des Richters gestellt, die versäumte Zeit als nicht wesentlich im Verhältniß zur Beschäftigungsbauer zu erklären, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einer mehrjährigen Beschäftigung des Arbeiters eine 14tägige Uebung desselben vom Meister bezahlt werden muß, wenn nicht andere Abmachungen zwischen den Parteien getroffen worden sind.

Wir ersuchen unsere geehrten Mitglieder in ihrem eigenen Interesse, sich gegen derartige Belastungen zu schützen und durch besondere Abmachungen mit ihren Arbeitern die Konsequenzen des § 616 auszuschließen. Da auch durch zahlreiche Fälle auf unserem Innungs-Schiedsgericht festgesetzt ist, daß unsere Mitglieder immer noch die allernothwendigste Vorsicht bei der Annahme von Gesellen außer Acht lassen, empfehlen wir, nachstehendes Schema von den Arbeitern unterschrieben zu lassen:

- 1. Gegenseitige Kündigung ist ausgeschlossen, Akford muß vollendet werden.
- 2. Lohnarbeit wird nach Stunden berechnet und bezahlt.
- 3. Versäumnisse irgend welcher Art, soweit dieselben nicht durch mein Verschulden entstanden, werden nicht von mir vergütet.

Der in dem Zirkular angezogene § 616 des B. G. B., der zum Schaden der Arbeiter ausgemerzt werden soll, lautet:

"Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruches auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt."

Jedenfalls werden unsere Berliner Kollegen bei dem ganzen Vorgehen auch noch ein Wortchen mitzureden haben, und zwar ein gewichtiges. Es müßte ja bei ihnen eine Lammesgebuld vorausgesetzt werden, wollten sie ohne alles Weiteres ein wichtiges geschliches Recht durch einen Federstich beseitigen lassen.

In der Straßburger Baugesellschaft, Abtheilung für Schreinerei, in Straßburg, scheinen nach einer uns von dort zugehenden Zuschrift recht wenig idyllische Verhältnisse zu herrschen. Es werden dort vorübergehend 26 bis 30 Arbeiter beschäftigt. Das Geschäft ist der reine Taubenschlag, jedoch nur was das Ein- und Ausgehen anbelangt, sonst wäre wohl der Name Zuchtthaus eher angebracht. Die Löhne der neun Eintretenden sind so minimal, daß es Jeder vorzieht, so bald wie möglich wieder zu verschwinden. Es werden Löhne von 28 bis 34 M pro Stunde bezahlt bei zehnstündiger Arbeitszeit, so daß ein guter Arbeiter höchstens M. 3,40 verdient. Was die Behandlung von Seiten des Meisters anbelangt, so gewinnt man den Eindruck, als ob derselbe den Hunnenkrieg in China mitgemacht hätte, oder so eine Art Thierdämbiger wäre. Da ist oft den ganzen Tag ein Gebrüll, daß man glaubt, man befände sich in einer großen Menagerie. "Dummer Simpel" und "tauber Kerl" sind dieses gebildeten Herrn Werkmeisters Lieblingsausdrücke, die man bei jeder Gelegenheit zu hören bekommt. Ist die Arbeit angefangen, so sagt er einfach, welchen Tag oder Stunde er fertig haben will, und weiter heißt es: "Seht, wie Sühr's fertig bringt. Wenn nicht anders, müßt Ihr Ueberstunden machen." Aufschlag für Ueberstunden giebt's hier nicht. Die Arbeiterpresse hat zu diesen Verhältnissen wiederholt Stellung genommen, aber ohne wesentlichen Erfolg. Der Direktor sowohl wie der Meister lassen sich eben lediglich von dem Bestreben leiten, für die Herren Aktionäre möglichst hohe Dividenden und für sich selbst recht passable Gehälter herauszuschlagen, daß der Arbeiter hierbei auch auf seine Rechnung kommt, läßt sie ganz gleichgültig. Und wie kann er auf seine Rechnung kommen, wenn er als Zugereister, der von Geldmitteln meistens entblößt, hier mit M. 2,80 bis M. 3,20 täglich abgepeist wird? M. 1,20 bis M. 1,50 pro Tag muß er ja mindestens für Kost, M. 15 monatlich für Logis ausgeben, wo soll er da die Mittel hernehmen für Kleider, Wäsche, oder gar seine kleinen Erholungsbedürfnisse? Braucht man sich da zu wundern über die oftmaligen Bemerkte des Polizeiberichts über Kost- und Logis-schwindelereien, wenn dem Arbeiter jede Möglichkeit einer anständigen Lebensführung benommen wird? Noch ein Mißstand in diesem Betriebe ist erwähnenswert, der allerdings auch nur zu deutlich die große Gleichgültigkeit der dort beschäftigten, meist organisierten Kollegen charakterisiert. Die Straßburger Baugesellschaft hat eine Betriebskrankenkasse, für welche jedem dort beschäftigten Arbeiter einschließlich der Altersversicherung pro Woche 60 oder auch 65 M, resp. 70 M als Beiträge abgezogen werden. Niemand weiß aber, was er im Erkrankungsfall zu verlangen, oder an welchen Arzt er sich zu wenden hat, denn kein Arbeiter hat bisher ein Statut dieser Kasse gesehen. Nun, eine Krankenkasse ohne Statuten ist sonst in aller Welt ein Un Ding, doch hier ist Alles möglich. — O, Straßburg, o, Straßburg, du wunderschöne Stadt!! —

Allen in Straßburg organisierten Kollegen ist im eigenen Interesse zu empfehlen, sich über die hiesigen Geschäfte bei der Verbandsleitung genau zu orientieren und genanntes Mustergeschäft mit Arbeitsangebot zu besprechen.

Dem Liegnitzer Protest gegen einzelne Verbandsstagsbeschlüsse sind noch weitere beigetreten: Sauer und Saarbrücken.

Gewerkschaftliches.

Eine Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes tagte vom 23. bis 28. September in Mainz bei Anwesenheit von 64 Delegierten. Der Verband zählte Ende August 1899 Mitglieder. Von dem Kassier Niederballand wurde der Kassenericht erstattet, dem zu entnehmen ist, daß im abgelaufenen Berichtsjahre bei M. 201 358,70 Einnahme eine Ausgabe von M. 190 846,72 zu verzeichnen ist, so daß ein Kassenerbestand von M. 10511,98 verbleibt.

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Arbeitsmangel (7656 Tage = 29 Pst.), Krankheit (16275 = 61,65 Pst.), Streik (458 = 1,73 Pst.), Maßregelung (1611 = 6,11 Pst.), Persönliche Differenzen (397 = 1,51 Pst.).

Um die Ausgaben einer mäßigen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gut decken zu können, empfiehlt die Kommission eine Beitragserhöhung von 5 M wöchentlich. Nach längerer Debatte lehnte die Generalversammlung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung mit 47 gegen 17 Stimmen ab.

Die amtliche Streikstatistik des Königreichs Sachsen verzeichnet für 1899 im Ganzen 135 Streiks. An dieser Zahl sind die Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer, Menseger etc.) mit 49 beteiligt; dann folgen die Metallarbeiter mit 36; die Textilarbeiter mit 9 beteiligt. Die Gesamtzahl der Betriebe, die durch einen Streik ergriffen wurden, betrug 929.

Kolizeiliches und Gerichtliches.

Mit sechs Monaten Gefängnis auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung belegte die Strafkammer in Duisburg einen Maurer. Kurz nach Ausbruch des vor zehn Wochen

begonnenen Maurerstreiks wurde ein Streikender in Untersuchungshaft genommen, ohne daß irgend Jemand die Ursache erfuhrt. Zufällig war nun ein Bekannter des Verhafteten am Gericht anwesend, als gegen diesen verhandelt wurde. Die Verhaftung war erfolgt auf die Anzeige eines Unternehmers hin wegen Verleumdung von Arbeitswilligen.

Technisches.

Wie bringt man Celluloid auf Holz? Kollege E. Kimmel, Hamburg, giebt uns darauf folgende Antwort: Man reibt die aufzuleimende Fläche mit Essigsäure vorsichtig ab, wodurch dem Celluloid der abstoßende Stampfergehalt gegen Leim auf dieser Fläche genommen wird und dasselbe sehr biegsam wird.

Politurverguldung auf Holz. Die zur Politurverguldung bestimmten Leisten streicht man mit einer starken Auflösung von Zischlerleim und läßt ihn gut hart werden, worauf man den Leisten, je nach Bedürfnis, 8-10 mit Schlemmkreide gemischte Leimanstriche giebt.

Glas zu bohren. Zum Durchbohren starker Glasplatten benutzt man rotierende Messingdröhen von entsprechendem Durchmesser, die während des Bohrens mit Wasser gefüllt werden, wobei dem Wasser fein pulverisierter Schmirgel zugelegt wird.

Literarisches.

Otto Hub, Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung. Verlag der 'Berg- und Hüttenarbeiterzeitung', Bochum, Johannerstraße 12.

Der Preis des Buches, das wir jedem Kollegen anzuschaffen empfehlen, beträgt 80 M. Bei Bezug von mehr als zehn Exemplaren entsprechender Rabatt.

Im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. ist soeben ein neues, hochinteressantes Werk über Rußland erschienen unter dem Titel: 'Das hungernde Rußland', Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und P. A. P. v. S.

erlangt und in weiteren Kreisen Deutschlands sich einen gewissen Namen erworben hat, im Jahre 1899 eine Forschungsreise durch das Hungergebiet zu machen.

Die Ergebnisse dieser Reise sind in dem nunmehr vorliegenden Werke niedergelegt. Das Studium desselben dürfte für alle Ethnologen, Soziologen, Statistiker, Finanzleute, Nationalökonomien, Ärzte und Andere von großem Interesse sein.

Das reich illustrierte Werk umfaßt 84 Bogen. Die Ausstattung ist eine gediegene. Der Preis für das komplette Werk beträgt broschirt M. 6, in englischer Leinwand gebunden M. 7,50. Gleichzeitig ist eine Lieferungs Ausgabe veranstaltet worden, die in 16 Hefen à 40 M komplett vorliegen wird.

Briefkasten.

Worms, K. Die Adresse des deutschen Vereins in Paris ist: 'Deutscher sozialdemokratischer Leseklub' 82 rue Notre-Dame de Nazareth, 3 e Arrond. Brasserie des 3 Suisses.

Eberfeld, K. Das interessiert aber doch die Öffentlichkeit nicht. Am besten regelt das doch der Hauptvorstand.

Bremen, S. A. Fein polierte, sowie gewöhnliche Kleiderbügel liefert Staude & Cie., Schmöllin S.-M., Lohsenstraße 20.

Neugersdorf. Alle Einsendungen sollen mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sein. Wir bitten, das künftig zu beachten.

Mit-Damm, St. Zur Veröffentlichung nicht geeignet. Uebrigens fehlt ja die notwendige Beglaubigung der Ortsverwaltung.

Berlin, Korbmacher W. Für die Zukunft wäre uns eine aktuellere Berichterstattung erwünscht, denn es macht keinen günstigen Eindruck, wenn über eine so wichtige Bewegung wie auch über die Versammlung erst nach 4 Wochen berichtet wird.

Fauer, S. Verbandsstagsprotokolle und Agitations-Broschüren erhalten Sie vom Hauptvorstand in Stuttgart, Rainsburgstr. 57. Wir versenden nichts Derartiges.

Mittweide, W. Die Einzelheiten des Berichts sind für die Öffentlichkeit zu wenig interessant, deshalb unterbleibt Veröffentlichung.

Gr.-Otterleben, A. S. Spiegelglas liefert Kirchbaum & Hoffwig, Leipzig-Neuditz.

Essen, B. Pfeiler Spiegel liefert Max Dehne, Leipzig-Lindenau.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (G. S. 3 in Hamburg.)

Die Ortsverwaltungen, sowie die Bevollmächtigten zur Teilnahme an den Unfalluntersuchungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß seit dem 1. Oktober d. J. die neuen Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes in Kraft getreten sind.

Wir ersuchen, Vorstehendes strikte zu beachten. Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Beraminungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Braunschweig. Sonnabend, 13. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im 'Gewerkschaftshaus', Werber 32.

Bünde. Sonntag, den 14. Oktbr., Nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Schaffs, vorm. Wittkämper.

Eisenberg. Montag, den 15. Oktober: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Referent: Kollege Krüger-Dresden. - NB. Sonnabend, den 13. Oktbr., keine Versammlung.

Friedrichsfelde. Donnerstag, 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Dube, Prinzenallee 30. L.-D.: 1. Vortrag des Naturheilarztes Lindemann über: 'Die Naturheilkunde und deren Bedeutung für die Lösung der sozialen Frage. Was bietet die Naturheilkunde dem Arbeiter?' 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Werkstattdangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Frauen zahlreich zu erscheinen. Gäste willkommen!

Görlitz. Montag, 8. Oktbr., Abds. 8 Uhr, im 'Belvedere'. L.-D.: Geschäftliches, Verschiedenes, Aufnahmen und Fragekasten.

Quakenbrück. Am 7. Oktober, Nachm. 2 Uhr, Vortrag des Genossen Wesper-Osnabrück über 'Neutrale Gewerkschaften'. Das pünktliche und zahlreichere Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Waldheim. Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, bei Aug. Giesner, Breitenberg. Die Tagesordnung wird durch Handzettel bekannt gegeben. Jeder komme!

Die Ortsverwaltung.

Wernigerode. Sonnabend, 13. Oktober.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wittorf. Wegen Krankheit des Bevollmächtigten werden die durchreisenden Kollegen gebeten, sich an den Kassier Otto Blöb, Burgstr. 36, zu wenden. Auch die Korrespondenzen nimmt derselbe entgegen. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr.

Berlin. Arbeitsnachweis u. Herberge befinden sich Engelstr. 15, im 'Gewerkschaftshaus'. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Finstertal. Der Arbeitsnachweis befindet sich im 'Gasthof zum Stern', Markt. Arbeit wird nachgewiesen: An Wochentagen Abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags Vormittags von 10-11 Uhr. Auch wird dasselbst die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Wir bitten die Kollegen, das Umschauen zu unterlassen und sich nur an den Arbeitsnachweis zu wenden. Die Ortsverwaltung.

Kehl (Baden). Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt im 'Gasthof zur Linde', Schulstraße. Auch ist dasselbst Herberge, sowie im 'Gasthof zum Secht', Hauptstraße. Glaser, Bevolm., Schulstr. 59.

Landau (Pfalz). Unser Verkehrslokal befindet sich im 'Gasthaus zum alten Frik', Kronstr. 11. Dasselbst auch Reiseunterstützung. Kassier Wih. Kölsch, Königl. 48, part.

Aufforderung.

Das Mitglied Ludwig Popp aus Landau wird ersucht, seine Verpflichtungen unserer Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen. Die Ortsverwaltung Landau.

Sterbetafel des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Josef Saller, Schreiner, gest. am 26. September, an Lungenentzündung zu Regensburg. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Kollege Max Saupe, wo steckst Du? Gib mir Antwort! Dein Freund G. Schierz, Neustadt bei Siegmars i. S., Poststr. 11b.

Lichtergeselle Emil Henneke sofort kommen. Carl Niemann, Aken a. d. Elbe.

Für meine Regulaturfabrik suche ich einen tüchtigen Werkführer, welcher auch mit der Buchführung bekannt ist. Ohne prima Referenzen müßte es nicht, sich zu melden. J. C. Filtenborg, Uhrenhandlung en gros, Marhaus (Dänemark).

